Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 185. Donnerstag, den 10. August 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Steuerfragen.

II.

Aus den im gestrigen Artikel genannten Gründen fällt einer sozialdemokratischen, oder, da es sich hier um theoretische Erkenntnis handelt, besser gesagt einer marxistischen Steuerlehre zunächst die Aufgabe zu, die Betrachtung der Steuern wieder auf die Nationalökonomie zu gründen. Statt nach der Gerechtigkeit, nach der Wirkung der Steuern zu fragen und die Veränderung, die durch die Steuerauflagen in dem Tauschverkehr geschaffen werden, zu analysieren. Nun kann aber der Gesetzgeber nur bestimmen, wer die Steuern zu zahlen hat; wer sie aber — und nur darauf kommt es schließlich an — wirklich trägt, hängt nicht von dem juristischen Paragraphen, sondern von den Gesetzen des Verkehrs ab. Und wenn der Gesetzgeber auf diese, sei es aus Absicht, sei es aus Unkenntnis, nicht geachtet hat, so treten oft ganz andere Wirkungen ein, als der Gesetzgeber sich träumen ließ. So bestimmt das Gesetz, daß die Biersteuer vom Bierbrauer zu zahlen ist. Der Gesetzgeber weiß aber, daß durchweg diese Ausgabe von der Brauerei auf den Biertrinker im Preis des Bieres abgewälzt wird. Für diese Abwälzung sorgen ohne weiteres Dazutun die Gesetze des Verkehrs. Würde der Bierpreis nicht erhöht, so würde die Steuer aus dem Profit des Brauers gezahlt werden müssen; der Profit des Brauereikapitals würde sinken; das Kapital strebt aber nach gleich hohem Profit; infolgedessen würde Kapital aus dieser Anlagesphäre zurückgezogen werden; sei es, daß kleine Brauer ihr Geschäft aufgeben müßten, sei es, daß geplante Neuanlagen oder Erweiterungen unterbleiben oder die Produktion eingeschränkt würde. Sinkt die Nachfrage nach Bier bedeutend, so müssen in der Tat diese Vorgänge sich vollziehen, um das Angebot zu vermindern und die Preiserhöhung wirklich durchzusetzen. Man sieht schon hier, daß die Abwälzung solcher inderekter Steuern oft nicht ohne schwere wirtschaftliche Reibungen vor sich gehen. Daher auch der Widerstand nicht nur der Konsumenten, sondern auch der Arbeiter und Kapitalisten solcher durch indirekte Steuern bedrohter Industriezweige. Man wird noch sehen, wie wenigstens den Kapitalisten auf Kosten der Gesamtheit in der neueren deutschen Steuergesetzgebung dieser Übergang erleichtert wird.

In solchen Fällen rechnet also der Gesetzgeber mit den Gesetzen des kapitalistischen Verkehrs, hier mit dem Gesetze der Ausgleichung der Profitrate. Aber er kann sich auch verrechnen. So, wenn der Konsumrückgang ein ungewöhnlich starker ist, viel größer, als er ihn voraussehen konnte. Die neue Biersteuer hat z. B. die erbitterten Konsumenten den guten Lehren der Abstinenz zugänglicher gemacht. Oder die Konsumenten wurden sich ihrer Macht bewußt und setzten den beständigen Steuererhöhungen organisierten Widerstand entgegen. Sie boykottierten das verteuerte Bier. In solchem Fall reicht die Verringerung des Angebots nicht aus, da die Nachfrage noch viel stärker abgenommen hat; die Brauer können den Preis des Bieres nicht um den ganzen Betrag der Steuer erhöhen; die Steuerabwälzung, die vom Gesetzgeber beabsichtigt war, ist mißlungen. Die Brauer sind nicht nur Steuerzahler geworden, sondern auch, wenigstens für eine längere Übergangszeit, die Steuerträger.

Oder der Gesetzgeber macht Steuern, die ganz anders als beabsichtigt wirken, weil er die Gesetze des Verkehrs nicht kennt. Ein lustiges Beispiel bietet dafür die Talonsteuer des schwarzblauen Blocks. Die Junker wollten die Rentenbezieher treffen und bestimmten, daß die Kuponbögen, die zur Einkassierung der Zinsen berechtigten, besteuert werden. Es stellte sich aber bald heraus, was den Herren auch vorausgesagt worden war, daß diese Steuern nicht von den Empfängern, sondern von den Gesellschaften selbst getragen werden müßte. Diese erlegten die Steuer selbst. Soweit es sich um Aktiengesellschaften handelte, ist der Unterschied nicht groß. Die Steuer verringert den Reinertrag, also auch die Dividende, schließlich tragen also die Kuponbesitzer doch die Steuer. Anders aber bei jenen Gesellschaften, die den Grundbesitzern landwirtschaftlichen Kredit vermitteln, und nicht auf Gewinn arbeiten. Deren Unkosten sind um den Betrag der Steuer gestiegen; sie müssen jetzt um diesen Betrag den Landwirten höhere Zinsen anrechnen; nicht die Gläubiger der Junker, die Besitzer der Pfandbriefe, sondern die Junker selbst bekommen so einen Teil der Talonsteuer zu tragen, gar sehr gegen ihre Absicht.

Jede wirklich wissenschaftliche Steuerlehre muß also auf die Austauschgesetze der kapitalistischen Wirtschaft zurückgehen, um über die Wirkungen der Steuern ins klare zu kommen. In ihren Mittelpunkt wird so die von der bürgerlichen Wissenschaft sehr stiefmütterliche Überwälzungslehre gerückt. Sie wird ihr Steuersystem nicht nach äußerlichen Merkmalen der Steuertechnik aufbauen, sondern nach den Steuerquellen, nach den ganz verschiedenen Einkommensarten, in die der Ertrag der Volkswirtschaft sich in der kapitalistischen Gesellschaft spaltet, und sie wird sich stets fragen, ob auch wirklich die Steuer die Absicht erreicht, die der Gesetzgeber im Auge hat. Sie wird schließlich nicht die Ausgabe des Staates als Maßstab für die Einnahmen akzeptieren können, sondern sich umgekehrt fragen, wie die Belastung durch die Besteuerung auf den Gang der Volkswirtschaft, also auf die Reproduktion, die Wiedererneuerung und die Neuanlage, die Akkumulation zurückwirkt. Sie wird das ökonomische Bedürfnis der Gesellschaft ins Auge fassen und die Änderungen in der Verteilung des Einkommens der verschiedenen Klassen.

Diesen Versuch zum erstenmal nicht ausgeführt, aber skizziert zu haben, ist das Verdienst der kleinen, aber inhaltsreichen Schrift des österreichischen Genossen Renner.*)

An die Spitze seiner Ausführungen stellt Renner den Satz, daß, da die Arbeit die Quelle aller Werte, in letzter Linie die Arbeit alle Steuern trägt; deshalb belasteten hohe Steuern immer den arbeitenden Teil der Bevölkerung schwer, einerlei wie und wo die Steuern eingehoben werden. Das gesellschaftliche Jahresprodukt zerfällt nun in drei Teile: der erste Teil dient dazu, die verbrauchten Produktionsmittel (Maschinen, Hilfsstoffe, Rohstoffe, abgenutzte Gebäude usw.) zu ersetzen; der zweite Teil ist gleich dem Arbeitslohn; der dritte Teil ist der Mehrwert. Arbeitslohn und Mehrwert bilden das jährliche Einkommen, die Revenue. Es ist nun selbstverständlich, daß die Steuern nur aus der Revenue genommen werden dürfen; denn sonst würde die Wiederproduktion nur in verringertem Maße erfolgen können; das hieße aber die Henne schlachten, die die goldenen Eier legt. Die durch den übermäßigen Steuerdruck verringerte Produktion würde ein verringertes Einkommen erzeugen, infolgedessen würde sich die Produktion im nächsten Jahre in noch stärkerem Maße verringern usf. Daher der Grundsatz, den schon Adam Smith aufgestellt hat, die Steuer dürfe nur das Einkommen, nie das Vermögen treffen.

Eine Ausnahme von dieser Regel könne nur dann gemacht werden, wenn die Steuern selbst zur Erweiterung der Produktion benutzt werden; also wenn ein proletarisches Regime in der Übergangszeit von den Besitzenden hohe Steuern erhebt, um die gesellschaftliche Produktion auszudehnen. Solche Steuermaßregeln gehören dann zu den Übergangsmaßregeln, die eine sozialistische Demokratie anwenden kann. In der kapitalistischen Gesellschaft aber darf die Steuerlast nicht einmal den gesamten Mehrwert treffen. Denn die Produktion muß ständig erweitert werden, soll nicht die Lebenslage der arbeitenden Klassen sich rapid verschlechtern. Ein Teil des Mehrwertes muß also von den Kapitalisten produktiv verwendet, in Kapital rückverwandelt, akkumuliert werden. Ist diese Rückverwandlung unmöglich, weil die Steuerlast zu groß ist, so unterbleibt die Produktionserweiterung, die infolge der Bevölkerungszunahme neu hinzugekommenen Arbeiter finden keine Beschäftigung, die industrielle Reservearmee wächst. Sie drückt dann auf die Beschäftigten, die Löhne sinken, das Elend der Arbeiter steigt. Und dies alles selbst unter der Voraussetzung, daß die Steuern direkt vom Einkommen des Kapitalisten erhoben werden. Es folgt schon daraus, daß der Verwendungszweck der Steuern keineswegs gleichgültig ist, daß also die Form der Steueraufbringung durchaus nicht das allein Entscheidende sein kann. Auch die idealste Steuer vermehrt in der kapitalistischen Gesellschaft das Massenelend, sobald die Steuer zu unproduktiven Zwecken, Militärausgaben usw. verwendet wird; sie hindert die Ausdehnung der Produktion und vermindert die Nachfrage nach Lohnarbeit.

Daraus ergibt sich sofort die Schranke für die Besteuerung auf kapitalistischer Basis: „So lange wir privatwirtschaftlich produzieren, ist der Fortschritt der Produktion an die private Akkumulation von Mehrwert gebunden. Besteuern wir nicht bloß die Konsumrate, sondern auch die Akkumulationsrate des Mehrwerts, so hemmen wir direkt die gesellschaftliche Entwickelung“ (Renner S. 40). „Der staatliche Machtapparat kostet der Volkswirtschaft heute schon so viel, daß dadurch die Produktionsentwickelung gehemmt ist und diese Hemmung vergrößert sich von Jahr zu Jahr. Ein immer wachsender Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts dient dazu, in Bureaukratie und Militarismus eine Machtorganisation zu erhalten, welche den besitzenden Klassen zwar ihren gegenwärtigen Besitz stützt, die gesellschaftliche Entwickelung aber zurückhält und sogar den Besitzenden selbst den eigenen Profit schmälert. Dieser Machtapparat gehört zu den Unkosten der Entwickelung, diese Unkosten wachsen sicherlich rascher als die Wirtschaft selbst. Bureaukratie und Militarismus sind — rein wirtschaftshistorisch gesprochen — zweifellos unökonomisch geworden. Selbst vom Standpunkt des Kapitalismus würde die Beseitigung des staatlichen Machtapparates die Bahn für eine gewaltige Steigerung der Akkumulation und damit der Ökonomie frei machen.

Sonnenklar ist demnach, daß der Kapitalist diese Unkosten als Übel nur darum trägt, weil der Apparat ihn persönlich verteidigt.

Wenn also selbst der ganze Staatshaushalt durch Besitzsteuern getragen würde, so könnte eine so hohe, so stark anwachsende Steuerlast, ein derartiges Gesamtbudget von unseren Vertretern schon aus ökonomischen Prinzipien nicht bewilligt werden. . . . Niemals kann der bloße Grund, daß eine Steuer direkt ist, daß also die Kapitalisten bluten, daß die Reichen schwitzen müssen, sie zu genehmigen für uns hinreichen. Aus dem Gefühl der Rache an der Person des Reichen macht ein Sozialdemokrat nicht Politik. Wir müssen die ganze Wirtschaftsentwickelung vor Augen haben. . . .“

*) Dr. Karl Renner: Das arbeitende Volk und die Steuern. I. Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen. 59 S. Preis 50 Pfg. II. Teil: Der österreichische Staatshaushalt und die Steuerreform. 80 S. Preis 50 Pfg. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

Politische Rundschau

Deutschland.

Arbeiter und Teuerung.

Die Wahlbewegung von 1911/12 wird einen fürchterlichen Helfer bekommen, den niemand herbeigewünscht hat, und jeder am liebsten gehen sieht, es ist die Teuerung! Ein rechtsstehendes Berliner Organ hatte nur zu Recht als es schrieb, daß dieser Wahlhelfer viele Mitläufer, die durch die deutsche Marokkopolitik und den Kolonialerweiterungsrummel vielleicht trotz aller reaktionären Taten des Reichstages blauschwarze Stimmzettel abgegeben hätten, jetzt, in den kommenden Monaten der Teuerung, nach links treiben würde.

Die Dürre der vergangenen Wochen hat überall Frühernten notwendig gemacht. Gerade die Periode der letzten Ausreifung des Getreides sichert erst die Qualität. Der Erdrusch wird deswegen diesmal viel geringer sein als sonst. Das Vieh leidet unter dem Mangel frischen Futters, die Trockenfütterung der Wintermonate muß jetzt schon — im August — und trotzdem doch die Futterernte recht mäßig ist, durchgeführt werden. Aber nicht nur Brot und Fleisch, auch alle Gemüse und sonstigen Bodenprodukte leiden unter der andauernden Hitze. Die Teuerung des kommenden Winters wird so ganz allgemein sein. Der fürchterliche Wahlhelfer, der aufrüttelnde Hunger wird in den Hütten, wo stumpfe Verzweiflung herrscht, sein Werk tun. Die Aufgabe der Sozialdemokrat hat niemals darin gelegen, den Hunger zum Propagandisten sozialistischer Ideen zu machen. Das muß aber trotzdem festgehalten werden, die dauernde Teuerung, die sich jetzt in verstärktem Maße für den kommenden Winter ankündigt, ist im wesentlichen zu mildern, wenn der agrarische Schutzzoll heruntergedrückt wird, und wenn die Grenzsperre für frisches Fleisch, dieses angenehmste Mittel, die inländischen Fleischpreise zu treiben, aufgehoben wird. Was das Volk in Zeiten der Teuerung an Millionen Mark mehr ausgibt, was es hungert und entbehrt, es ist im wesentlichen nur möglich durch die agrarische Gesetzgebung des Deutschen Reiches! Dies wird im kommenden Wahlkampfe nicht zu sagen vergessen werden!

Vorläufig ist von einer besonderen Fleisch- oder Brotteuerung noch nichts oder doch nur sehr wenig zu merken. Und dies hat seine guten Gründe. Das Getreide erscheint diesmal um drei bis vier Wochen eher auf dem Markte als sonst. Das Vieh verkauft der Bauer lieber jetzt, und im besonderen auch das Jungvieh, als das er im Winter es nicht mehr preiswert versorgen kann. Wir haben es jetzt also mehr mit einem Überangebot von Getreide und Fleisch zu tun, die Preise müßten demnach momentan sinken! Die landwirtschaftliche Presse hat dies auch schon begriffen, deswegen predigt sie, durch den Chorus der Deutschen Tageszeitung angeführt, vorläufig mit dem flotten Verkauf der Frühernte zurückzuhalten, damit im kommenden Herbst gesteigerte Preise verlangt werden können ohne das jetzt eine Verbilligung eintritt! Es ist klar, daß sie auch von der Regierung für die Viehzüchter verstärkten Schutz wegen der Maul- und Klauenseuche fordert, dies heißt im agrarischen Jargon natürlich nur mehr und noch intensivere Grenzsperre.

Bei all den schlimmen Nachrichten vom Lebensmittelmarkt darf der Arbeiter aber, das muß immer wieder betont werden, eines nicht vergessen: findet er sich von vornherein mit einer kommenden Teuerung ab, so wird die Preissteigerung für den Junker noch leichter sein. Wir haben alle Ursache von der Regierung solche Maßnahmen zu fordern, daß die Preise nicht steigen! Deswegen muß den Preisgestaltungen aller Lebensmittel jetzt die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden, nach oben gehen die Forderungen viel viel leichter und auch rascher als nach unten. Und durch eine allzugroße Gewöhnung an die kommende Teuerung, die Preissteigerungen zu erleichtern, hat die Arbeiterschaft keine Ursache. Deswegen muß schon jetzt für jeden einzelnen die Aufklärung seiner Nachbarn und Freunde dadurch erfolgen, daß er ihnen die Wurzeln aller Lebensmittelverteuerung klarlegt und dies ist die agrarische Politik der deutschen Regierung!

Zur Nachwahl in Düsseldorf.

Wie dem „Berliner Tageblatt" aus Düsseldorf depeschiert wird, haben die Antisemiten Liebermannscher Richtung auf die in Aussicht genommene Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet.

Instruktion für die Zentrumspresse.

Die Zentrumspresse ist im Augustinusverein organisiert. Gelegentlich des Katholikentages hat nun dieser Augustinusverein in Mainz auch eine Generalversammlung abgehalten und dort Grundsätze festgelegt, nach denen die Presse für Wahrheit, Freiheit und Recht zu handeln hat, um in der Zentrumspartei möglichst wenig Freiheit und Recht aufkommen zu lassen. Die zur inneren Politik gefaßte Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die zur Erörterung der politischen Lage in Mainz zusammengetretene Generalversammlung des Augustinusvereins spricht der Leitung der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages volles Vertrauen und rückhaltlose Zustimmung zu ihrer politischen Gesamthaltung aus.

Insbesondere billigt sie die Stellung der Fraktionsleitung zu den beiden wichtigsten Beratungsgegenständen der jüngsten Session des Reichstages, der Reichsversicherungsordnung und der Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Die Generalversammlung erkennt es als die dringendste Pflicht der Zentrumspresse, angesichts der Reichstagswahlen von der Partei alles fern zu halten, was deren Aktionsfähigkeit und Aktionsfreudigkeit irgendwie zu beeinträchtigen geeignet ist.

Die Zentrumspresse kann nicht nachdrücklich genug alle Bestrebungen bekämpfen, welche darauf abzielen, oder die Wirkung haben, die von den Begründern der deutschen Zentrumspartei und von den deutschen Katholiken zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen geschaffenen politischen und sozialen Organisationen zu verdächtigen und in ihrer Wirksamkeit zu behindern.

Auf das entschiedenste weist sie es zurück, wenn ausländische katholische Preßorgane, welche die deutschen Verhältnisse nicht kennen und namentlich für die Vorbedingungen der Wirksamkeit des Zentrums kein Verständnis haben, einseitige unwahre und ungerechte Urteile über die deutschen Katholiken und ihre politische Tätigkeit verbreiten.

Die Zentrumspresse darf die Organisationen, denen die deutschen Katholiken ihre starke Position im öffentlichen Leben verdanken, nicht antasten lassen, sondern muß alles aufbieten, um sie zu erhalten, zu festigen und auszubauen.

Die Zentrumspresse hat die Pflicht, die Leitung der Zentrumsfraktion in dem Bestreben zu unterstützen, jeder Tätigkeit einzelner, wodurch die Disziplin der Fraktion gelockert oder das Gefühl der Zusammengehörigkeit abgeschwächt werden kann, entgegenzutreten, und zwar unerbittlich ohne Rücksicht auf Personen. Auch Sonderaktionen unberufener und unverantwortlicher Persönlichkeiten sind unbedingt abzulehnen. Noch viel weniger darf ein Organ der Zentrumspresse sich dazu hergeben, selbst solche Aktionen einzuleiten oder zu unterstützen. Die Generalversammlung des Augustinusvereins weiß nichts von „Richtungen" innerhalb der Zentrumspartei. Sie kennt nur eine einheitliche Partei, welche die in mehr als vierzigjähriger Tätigkeit erprobte, von großen Lehrmeistern in ihren Richtlinien festgesetzte Politik fortzusetzen entschlossen ist.

Die Generalversammlung ersucht die im Augustinusverein organisierte Zentrumspresse, mit vollem Nachdruck an die Vorbereitung der Reichstagswahlen heranzugehen und auf dieses Ziel all ihre Kraft zu richten."

In einem Passus über die Auslandspolitik wird in der Resolution der Regierung vollstes Vertrauen der Zentrumspartei ausgesprochen.

Kriegshetzer und Kriegslasten.

Zu einem vielgenannten englischen Friedensbuch von Angell schreibt Franz Oppenheimer im Scherlschen „Tag":

„Die eigentliche Ursache der ganzen kriegerischen Verwicklung ist dem Verfasser, der im übrigen ein außergewöhnlich tüchtiger Nationalökonom und Soziologe ist, doch nur in Umrissen klar geworden, nämlich die Tatsache, daß die Vorteile von Kriegen, Kolonialunternehmungen, Schutzzöllen und anderen internationalen Liebenswürdigkeiten der herrschenden Klasse der Nationen zufallen, während die Lasten von der gesamten Volksmasse getragen werden. Auf diese Weise kann sogar ein für die Nation so kolossal verlustreiches Unternehmen wie der Burenkrieg für die eigentlichen Drahtzieher ein ausgezeichnetes Geschäft sein. Das wußte bereits Adam Smith, und der Verfasser zitiert die Stelle sogar: „Adam Smith gibt zu, daß ein einzelner Stand, die Kaufleute nämlich, die mit den Kolonien Handel treiben, aus den Monopolen Vorteile gezogen hätten, dies wäre aber auf Kosten der gesamten Nation geschehen" (S. 294). Aber Angell versäumt es, diesen Gedanken, der den eigentlichen Schlüssel des Problems enthält, zum Zentralpunkt seiner Überlegungen zu machen. Wenn die Schwerindustrie, die den eigentlichen Vorteil von den Rüstungen hat, wenn die Feudalkreise, die von einem Kriege ein starkes Avancement zu erwarten haben, wenn die Schutzzöllner und Kolonialexporteure, die den Weltmarkt lieber durch Kanonen als durch bessere und billigere Waren erobern möchten, den bewaffneten Frieden oder gar den Krieg aus ihrer Tasche und mit ihrem Blute bezahlen sollten, dann wäre schon heute kein solches Unternehmen mehr denkbar".

Es soll uns wundern, wenn Scherl nicht sofort mindestens drei Reichsverbandsgeneräle gegen diese Ketzerei in seinen loyalen Spalten aufmarschieren läßt.

Der landwirtschaftliche Unterricht im Heere.

Die Reichsregierung ist immer bestrebt gewesen, den Agrariern jeden Wunsch von den Augen abzulesen. Als vor Jahren in der Budgetkommission des Reichstages angeregt wurde, den Soldaten landwirtschaftlichen Unterricht zu erteilen, um auf diese Weise der „Landflucht" entgegenzuarbeiten, da erging sofort die kriegsministerielle Weisung, diesem Wunsche möglichst Rechnung zu tragen, selbst wenn der Dienst den Agrariern zuliebe eine Umgestaltung erfahren mußte. Dabei war noch in keiner Weise ausprobieet, was für Erfolge etwa mit diesem militärischen Drill zugunsten der Landwirtschaft erzielt werden. Jetzt hat nun in der Zeitschrift für Agrarpolitik der Abteilungsvorsteher der Wiesbadener Landwirtschaftskammer, Dr. Horny, seine Erfahrungen mit diesem landwirtschaftlichen Unterricht bei den Soldaten veröffentlicht; er kommt zu dem Ergebnis, daß die ganze Einrichtung wertlos ist, jedenfalls aber Kosten und Mühen, die darauf verwendet werden, in keiner Weise rechtfertigen. Seit 1909 hat die Wiesbadener Landwirtschaftskammer solche Vorträge vor den Soldaten abhalten lassen. Die Beteiligung war verhältnismäßig gering, von etwa 4000 Soldaten in einem Jahre 8,8 Prozent, im anderen 7,5 Prozent. Dr. Horny führt aus:

„Obgleich im Bezirk der Landwirtschaftskammer Wiesbaden alles getan worden ist, was zur Fruchtbargestaltung der landwirtschaftlichen Soldatenvorträge geschehen konnte, muß bezweifelt werden, daß der Erfolg der Vorträge ein zum Kosten- und Zeitaufwand im richtigen Verhältnis stehender sein wird. Die Erfolge des ersten und laufenden Versuchsjahres begründen jedenfalls, soweit die Garnisonen des Regierungsbezirks Wiesbaden in Betracht kommen, keine sonderlichen Hoffnungen auf guten Erfolg der Einrichtung . . . Man darf unbedenklich annehmen, daß die geringe Zahl von Leuten (die sich an den Kursen beteiligen) auch ohne die Vorträge dem Lande erhalten geblieben wären."

Dr. Horn behandelt dann die Schwierigkeit des Unterrichts. Der schulmäßige Unterricht sei unmöglich, die Form der militärischen Instruktion müsse ganz unterbleiben, auch der akademische Vortrag sei unangebracht, und so mache sich nach den Erfahrungen der Landwirtschaftskammer Wiesbaden die Erscheinung geltend, daß Mißverständnisse entstehen und die Möglichkeit einer nutzbringenden sachlichen Belehrung mit Hilfe der Soldatenvorträge wegfalle. Es bleibe noch zu erwägen, ob die Tatsache, daß durch die Vorträge bei einem geringen Teil der vom Lande gekommenen Soldaten das Interesse am landwirtschaftlichen Berufe wachgehalten werden kann, den durch die Einrichtung bedingten Aufwand an Kosten und Zeit rechtfertige. Diese Frage beantwortet Dr. Horny dahin, daß sie vom landwirtschaftlichen wie vom militärischen Standpunkte aus nur deshalb, weil zu den Vorträgen nur Beamte der Landwirtschaftskammern gebraucht werden könnten, denen Tagegelder und Reisekosten zu gewähren sind, und die obendrein andere wichtige Dienstpflichten versäumen. Vom militärischen Standpunkt aus könne nicht zu dem Unterricht geraten werden, weil die zweijährige Dienstzeit bei den immer wachsenden Anforderungen an die Vielseitigkeit der Truppe voll zur Ausbildung des Soldaten ausgenützt werden müsse.

Eine Wahlurnen-Verordnung in Elsaß-Lothringen.

Die jetzt amtlich publizierte Wahlordnung für Elsaß-Lothringen bringt eine Bestimmung über die Wahlurnen die auch für die Reichstagswähler von Interesse ist. Im reichsländischen Wahlgesetz wird bestimmt, daß die Wahlurne abgeschlossen sein muß. Im übrigen sollen die Wahlurnen für Elsaß-Lothringen den im Verordnungswege zu erlassenden Normativbestimmungen entsprechen. Gemäß dieser Anweisung bestimmt jetzt eine reichsländische Ministerialverordnung über die Wahlurnen folgendes:

„Hiernach müssen die Wahlurnen von einer Beschaffenheit sein, die es ausschließt, daß die Umschläge mit den Stimmzetteln in der Reihenfolge, in der sie in die Urne gelegt werden, aufeinander zu liegen kommen. Sichere Gewähr hierfür bieten Urnen, welche, im Innern gemessen, eine Höhe von mindestens 80 Zentimetern und eine Breite von mindestens 35 Zentimetern haben. In Gemeinden oder Stimmbezirken, die nicht mehr als 400 Wähler zählen, kann auch eine Höhe von 40 Zentimetern bei einer Mindestbreite von 35 Zentimetern als genügend erachtet werden. Der Spalt zum Hineinlegen der Umschläge mit den Stimmzetteln muß sich im Deckel der Urne befinden und soll nicht breiter als 1½ Ztm. sein."

Amtliche, überall gleiche Wahlurnen wären natürlich das einzig Richtige; solange man diese nicht hat, ist die reichsländische Verordnung aber immerhin ein anerkennenswerter Notbehelf.

Ultramontane Aufklärungsarbeit.

Der Windthorstbund hat einen politischen Kalender unter dem Titel „Der Zentrumswähler" erscheinen lassen. In diesem Kalender wird der Ursprung des Namens Hansabund in folgender Weise erklärt:

„Die richtige Bezeichnung haben die Herren, wie es scheint, gefunden. Das Wort Hansa kommt zum ersten Male in der ersten deutschen Bibelübersetzung des Bischofs Ulfilas vor und bedeutet Schar oder Vereinigung. Es bedeutet dort jene bunte Gesellschaft, welche am Gründonnerstag unter Führung des Judas auszog, um Christus gefangen zu nehmen. Wie der hohe Rat zu Jerusalem, will auch diese „Schar" ihr Ziel, „Beseitigung der agrarisch-konservativen Herrschaft und eine liberalere Zusammensetzung des Reichstages" mit Geld erreichen."

Daß der Zentrumskandidat für die Nachwahl in Düsseldorf, Dr. Friedrich, dieser „Verräterschar" auch angehört, das haben die Macher des christlich-frommen Kalenders offenbar nicht gewußt.

Agrarische Kriegsbereitwilligkeit.

In einer Auseinandersetzung über die Marokkofrage erklärt die „Deutsche Tageszeitung" (Nr. 400), daß sie keineswegs grundsätzlich gegen einen Krieg sei, denn:

„Ganz abgesehen davon, daß gerade das Deutsche Reich besser für den Krieg gerüstet und sich in einem höheren Stande der Bereitschaft befindet, als alle anderen Mächte der Welt, halten wir es auch ganz allgemein betrachtet für vorteilhaft, ja, unter Umständen für nötig, wenn ein großes Volk innerhalb gewisser Zeiträume für die praktische Existenzfrage gestellt wird, sonst tritt leicht ja mit einer gewissen Naturnotwendigkeit, der Zustand ein, daß es ihm „zu gut" geht. Für das Volk gilt hier das gleiche, wie für den einzelnen Menschen."

Die ganze Gesellschaft der Kriegshetzer gehört in eine Kaltwasserheilanstalt. Vielleicht ist an ihnen noch Besserung möglich.

Spanien.

Sturmzeichen. Gestern meldeten offiziöse Depeschen, daß an Bord des Kreuzers „Numancia" ein Fall von Insubordination vorgekommen sei. Politische Bedeutung habe der Vorfall nicht. Die Schuldigen, dreizehn Matrosen, seien sofort verhaftet worden. Die Depeschen waren einigermaßen verdächtig; sie schienen zur Täuschung bestimmt. Tatsächlich wird jetzt aus Madrid gemeldet: Nach dem Schreiben eines Offiziers der „Numancia" beteiligten sich an den Meutereien ungefähr dreißig Marinesoldaten, die ausriefen: „Es lebe die Republik!" Das Regierungsorgan „Diario" gibt heute den republikanischen Charakter der Rebellion auf dem Kriegsschiff „Numancia" zu, die nach dem Zugeständnis offizieller Personen auf ein ausgedehntes Komplott zurückzuführen ist. Von hundert beteiligten Marinesoldaten werden morgen oder, nach einer andern Version, wurden bereits fünf hingerichtet. Nach einer offiziösen Meldung aus Madrid schreiben gut unterrichtete Kreise die an Bord des Kreuzers „Numancia" ausgebrochene Meuterei den „antimilitaristischen Treibereien zu, die die Sozialisten seit einiger Zeit entfalteten unter dem Vorwande, jedes kriegerische Vorgehen in Marokko zu bekämpfen." — Uns will scheinen, daß es „antimilitaristischer Treibereien" gar nicht bedarf, um die Unzufriedenheit des Volkes und insbesondere der zum Kriegsdienst gezwungenen Jugend zur Explosion zu bringen. Die verbrecherische Gewissenlosigkeit der Regierung, die im Interesse von einigen Kapitalisten abermals ein Abenteuer in Marokko unternimmt, ist wahrlich Anlaß genug zur Empörung.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 10. August.

Achtung, Böttcher und Böttchereihilfsarbeiter! Bei der Firma Fricke u. Co. legten heute morgen sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Achtung, Tapezierer! Der Streik ist beendig Zuzug ist aber trotzdem streng fernzuhalten, da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind. Der Vorstand.

Das Parteisekretariat, Johannisstraße 50, ist vom 9. bis 23. dieses Monats nur in den Abendstunden von 6½ bis 8 Uhr geöffnet.

Kinderschutz. Alle Fälle von Kindermißhandlung, Vernachlässigung, übermäßiger Ausbeutung melde man den Mitgliedern der Kinderschutz-Kommission:

Frau Soll, Steinrader Weg 32c,
„ Jaeckstedt, Warendorpstr. 1,
„ Kleinfeldt, Glandorpstr. 8,
„ Gierlich, Karpfenstr. 18 III,
„ Henze, Warendorpstr. 66 II,
„ Rubbert, Loignystr. 18, Hinterhaus.
„ Bahr, Kolk 6,
„ Mehlis, Gr. Bauhof 7,
„ Burmeister, Böttcherstr. 13.
„ Engel, Elswigstr. 24a.

sowie im Arbeitersekretariat und bei Fritz Mehrlein, Steinrader Weg 57 und Heinrich Radden, Meierstr. 40.

Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann wird am Sonnabend, dem 26. August, in Lübeck in einer großen Volksversammlung im Gewerkschaftshaus über die politische Lage und in Verbindung damit über den Marokkoskandal referieren. Genosse Scheidemann, der Vertreter Solingens im Reichstage, ist als ein humorvoller, vorzüglicher Redner bekannt.

Die Milchverteuerung läßt sich doch lange nicht so glatt durchführen, wie die Milchverwertungsgenossenschaft und die dahinter stehenden Agrarier erwartet hatten. Die Konsumenten stellen sich in großer Zahl auf die Hinterbeine und lehnen es ab, die verteuerte Milch zu kaufen. Trotz der angeblichen oder wirklichen Milchknappheit müssen zahlreiche Holländer und Milchhändler ein großes Quantum ihrer Ware wieder mit nach Hause nehmen. Wenn sie dadurch geschädigt werden, so haben sie es nur sich selbst zu verdanken, denn sie haben sich diesmal ja selbst zum Sturmbock der Milchproduzenten hergegeben. Gegenwärtig fließt allerdings der erhöhte Milchpreis gänzlich in die Taschen der Zwischenhändler. Aber nicht mehr lange. Denn eine Bekanntmachung der Genossenschaft für Milchverwertung in dem hiesigen Bündlerblättchen „Fürs Land" besagt:

Wir verweisen hierbei auf den Absatz 6 des Paragraph 4 unserer Beschlüsse vom 1. Mai 1911 und werden unseren Mitgliedern sofort Nachricht geben, wenn nach Verlauf mehrerer Wochen vom Ausschuß die notwendige Vereinbarung zwischen organisierten Verpächtern und Pächtern empfohlen werden muß.

Gleichzeitig wird besonders auf den Absatz 2 des Paragraph 12 hingewiesen, wonach ein Zuwiderhandeln gegen getroffene Abmachungen mit Strafen von 10 bis 50 Mark für jeden Einzelfall zu ahnden sind. Der Ausschuß wird diese Bestrafungen genau und scharf durchführen!

Die Abmachungen, von denen die Rede ist und deren Verletzung durch scharfe Strafen gesühnt werden soll, beziehen sich auf den Preis, gegen welchen die Milch an die

Konsumenten verkauft werden darf. Wenn irgendwo schlimmer Terrorismus vorliegt, dann hier, wo den Händlern direkt bei Strafe verboten wird, ihre Ware zu angemessenen Preisen an ihre Kunden abzugeben. Natürlich können und werden die Konsumenten hierauf keine Rücksicht nehmen. Daß die Agrarier übrigens versuchen werden, bei dieser von ihnen grundlos heraufbeschworenen Milchverteuerung den Händlern den besten Bissen vor der Nase wegzuschnappen, ist wohl mit Sicherheit zu erwarten. Wenn es den Händlern wirklich gelungen wäre, das Attentat auf die Taschen des milchverbrauchenden Volkes auszuführen, dann würden sie durch die „notwendige Vereinbarung zwischen organisierten Verpächtern und Pächtern" um die Früchte ihrer volksschädigenden Handlungsweise gebracht. Das richtige ist, das Publikum stellt den Milchkonsum ein: dann bleiben die alten Preise und die Milchhändler und Agrarier brauchen sich nicht darüber zu streiten, wer mit dem Raub über den Harz geht.

Milch aus versenchten Gehöften in Lübeck zur Verbutterung benutzt. In dem hiesigen agrarischen Blatt „Fürs Land" vom 5. August lesen wir: „Im Anschluß an unsere Mitteilungen wiederholen wir die Bemerkung, daß schon eine ganze Zahl unserer Mitglieder von der Anlieferung von Milch aus gesperrten Gehöften an unsere Not-Butter-Meierei am Kreuzweg, hierselbst, Gebrauch macht. Der Anfang vergangener Woche in Auftrag gegebene größere Erhitzer (Dampfapparat) ist jetzt aufgestellt und in Benutzung genommen. Es darf deshalb mit Erlaubnis des Medizinalamts die aus den gesperrten Gehöften stammende Milch jetzt in ungekochtem Zustande nach der Butter-Meierei geliefert werden, jedoch nur unter strikter Innehaltung der für solche Milchlieferung von dem Medizinalamt vorgeschriebenen Maßregeln. — Im Volksmund schwirrten bereits die verschiedensten Gerüchte über diese „Not-Butter-Meierei" am Kreuzweg. Durch vorstehende Bekanntmachung haben sie ihre Erklärung gefunden. Ob die Tatsache, daß hierorts solche aus gesperrten Gehöften stammende Milch verbuttert und dann in den Handel gebracht wird, zur Erhöhung des Appetits auf Butter beiträgt, sei dahingestellt.

Maul- und Klauenseuche. In den Ortschaften Duvenneſt und Palingen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. — Die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen 1. des Hofbesitzers Herm. Stark in Krumbeck, 2. des Hofbesitzers Ernst Hörcher in Strecknitz, 3. des Hofpächters K. Schleth auf Hof Niemark, 4. des Hufners Joh. Scharbau in Beidendorf, 5. des Hufners Joh. Weiland in Niederbüssau und 6. des Gemeindevorstehers Lüth in Wulfsdorf ist erloschen. Die unter 1 bis 3 genannten Gehöfte sowie Grönauer Baum scheiden aus den Sperrbezirken, welche durch die Bekanntmachungen vom 22. Juni, 27. Juni und 13. Juli d. J. veröffentlicht sind, aus.

Krankenversicherung. Die für weite Kreise bemerkenswerte Frage, ob chronische Kurzsichtigkeit als Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes angesehen werden kann, ist von einem Oberverwaltungsgericht wie folgt entschieden worden. Stellt man sich auf den Standpunkt, daß Kurzsichtigkeit nicht ein dem natürlichen Entwicklungsgange eines Menschen entsprechender, sondern ein anormaler körperlicher Zustand ist, der auch bei nur geringem Grade, sobald eine künstliche Verschärfung der Sehkraft notwendig wird, die Zuziehung des Arztes, wenn auch nur in beschränktem Umstande (zum Zwecke der Augenprüfung und der Angabe der für die Augen passenden Gläser), erforderlich macht, so kann nicht daran gezweifelt werden, daß die Kurzsichtigkeit als „Krankheit" im Sinne der Krankenversicherungsgesetzgebung zu gelten hat. Nimmt doch auch das Krankenversicherungsgesetz auf sie im § 6 Absatz 1 Ziffer 1 insofern Rücksicht, als es unter den vom Versicherungsträger zu gewährenden kleinen Heilmitteln die Brillen ausdrücklich aufführt. Nur wird es sich bei der Kurzsichtigkeit geringeren Grades meist um eine vorübergehende Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe handeln und mit der Beschaffung einer geeigneten Brille jede weitere Tätigkeit des Arztes sich verüberflüssigen, auch die Erwerbsfähigkeit des betreffenden Kassenmitgliedes im Regelfalle nicht länger beeinträchtigt sein. Anders wenn die Kurzsichtigkeit einen derartigen Höhegrad erreicht hat, daß schärfere Gläser nichts mehr nützen und die Erwerbsfähigkeit entweder ganz ausgeschlossen oder doch wesentlich beschränkt ist, vielleicht auch ein operativer Eingriff in Betracht kommt. Solchenfalls ist die Annahme eines krankhaften Dauerzustandes berechtigt, die die Unterstützungspflicht der Krankenkasse zur Folge hat.

Neue Hitzeperiode? Die Wetterwarte in Weilburg meldet: In Nordrußland hat sich in den letzten Tagen eine Menge heißer, trockener Luft angesammelt, die sich nach Finnland zu verschoben hat. Diese hindert nun die auf dem Ozean herrschenden Wirbelwinde immer noch an dem erwarteten Vorrücken nach dem Osten. Die Lage ist daher ähnlich der wie beim Ausbruch der großen Hitze. In Südwesteuropa (Frankreich) hat sich ein neues Hochdruckgebiet gebildet, das sich nach Mitteleuropa vorschiebt. Infolgedessen herrschen in Höhen von 4 bis 6000 Meter wieder heiße Ostwinde. Es ist daher noch längere Zeit mit dem Andauern des jetzigen heißen Wetters zu rechnen, ja, die Hitze dürfte in diesen Tagen sogar noch zunehmen. Auch nach der meteorologischen Zentralanstalt in Zürich dauert die trockene Periode unverändert fort und die Hitze werde sich noch weiter steigern. Und die Wetterdienststelle in Frankfurt a. M. teilt mit: Der Hochdruckkern von 770 Millimetern über dem nördlichen Mitteleuropa, den heute (Dienstag) die Wetterkarte zeigt, bringt wieder warme Südostwinde, also große Hitze. Die Aussichten sind ja nicht sehr erfreulich. Auch in Lübeck hält die Hitze in verstärktem Maße an. Wie uns mitgeteilt wird, erlitt gestern in einer Mädchenmittelschule eine Seminaristin einen leichten Hitzschlag. Vielfach wird auch das Verlangen ausgesprochen, die Schulen der Hitze wegen vorläufig zu schließen.

Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H. hielt am 9. August ihre Generalversammlung für das 2. Quartal d. Js. ab. Der Brotumsatz betrug 259 418,67 Mark, der Warenverbrauch betrug 167 436,19 Mk., die Betriebskosten sowie die Prozente an die Niederlagen betrugen 82 977,46 Mk., der Reingewinn im 2. Quartal beträgt 9005,02 Mark. Verbraucht wurden 6612 Sack Mehl. Vermahlen wurden in der eigenen Mühle 4634 Sack Getreide. Spareinlagen wurden von Mitgliedern und Nichtmitgliedern im 2. Quartal 24 767,23 Mk. eingezahlt. Beschlossen wurde, die Prozente an die Niederlagen vom September d. Js. ab von 15 auf 16 Prozent zu erhöhen.

Handelsregister. Am 8. August 1911 ist eingetragen bei der Firma F. P. Ahrens in Lübeck: Jetziger Inhaber: A. H. J. H. M. Ahrens, Kaufmann in Lübeck. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Kaufmann Alfred Ahrens ausgeschlossen.

Revision der Maße, Gewichte und Wagen. In den Monaten September und Oktober ds. Js. wird in den Vorstädten St. Jürgen und St. Gertrud eine technische Revision der Maße, Gewichte und Wagen durch den Eichmesser stattfinden.

Selbstmord. Heute morgen machte in einem hiesigen Hotel ein hier wohnhafter Kapitän seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Nervosität soll die Ursache der unseligen Tat sein.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 9. August, morgens 6 Uhr: Wasser 23, Luft 17; morgens 10 Uhr: Wasser 23½, Luft 23; mittags 12 Uhr: Wasser 24, Luft 25; abends 6 Uhr: Wasser 24, Luft 22 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 2000 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 2000 weibliche Personen.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurde ein Agent von hier, der sich von hiesigen und auswärtigen Firmen größere Posten Waren auf Kredit verschaffte und die Waren wieder unter Preis verschleuderte. Ferner wurde ein hier zugereister Schneidergeselle aus Hamburg festgenommen, der in der Nacht zum 9. ds. Mts. durch ein offenstehendes Fenster eines Hauses der Dornestraße gestiegen ist und aus dem Schlafzimmer eine goldene Uhr mit Kette und ein Portemonnaie gestohlen hatte.

Das Ballettensemble „Excelsior" im Stadthallentheater. Es ist der Direktion gelungen das Elite-Ballett-Ensemble „Excelsior" unter Leitung der Ballettmeisterin der Kgl. Niederländischen Oper, Frl. Marianne Kunschmann, welches sich auf der Durchreise nach Kopenhagen befindet, für Sonntag und Montag zum Gastspiel zu gewinnen. Wo das Ensemble bisher aufgetreten, entzückten die 8 jungen Damen durch ihre duftigen, farbenprächtigen Kostüme, durch die Anmut und Grazie ihrer Bewegungen die Augen der Zuschauer. Es sind nur diese zwei Gastspiele zu ermöglichen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Freitag findet bestimmt die Uraufführung von „Die ideale Forderung" statt, zu der mehrere bekannte Theaterleiter ihre Anwesenheit zugesagt haben, und am Sonnabend wird als volkstümlicher Operettenabend „Don Cesar" von Rud. Dellinger letztmalig zur Wiederholung gelangen. Die Preise sind auf 75 und 50 Pfg. ermäßigt. Trotz der anhaltenden Hitze ist der Aufenthalt in den selten kühlen Räumen der Stadthalle ein äußerst angenehmer zu nennen, auch bietet der herrlich am Wasser gelegene Garten in den Zwischenakten eine schöne Erholung. Wir sind überzeugt, wenn diese Tatsachen mehr bekannt, würden sie wesentlich zum Besuch der Vorstellungen beitragen.

Arbeiterfrauen, Arbeiter!
Einwohner Lübecks!
kauft
keine Milch zu erhöhten Preisen!

e. **Stockelsdorf.** Eine von 400 Personen besuchte Protestversammlung gegen die Verteuerung der Milch tagte am Dienstag abend im Lokale des Herrn Paetau in Fackenburg. Genosse Dr. Schlomer-Lübeck hatte das Referat übernommen und erledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Seine Darlegungen deckten sich mit dem von ihm in Lübeck vorgetragenen und von uns ausführlich wiedergegebenen Referat. Es wurde die Lübecker Resolution, wozu Genosse Westphäling sprach, einstimmig angenommen. Der Referent sprach in seinem Schlußwort vornehmlich zu den massenhaft erschienenen Frauen. An ihnen liege es jetzt, diesen Beschluß durchzuführen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Clever Landwehr. Die erste sozialdemokratische Versammlung fand hier gestern abend im Lokale des Herrn Guhl statt. Fast die gesamte männliche und weibliche Bevölkerung unseres Ortes war vertreten, außerdem hatte sich eine Reihe Frauen vor dem Versammlungslokal postiert, um hier den Ausführungen zu lauschen. Über die oldenburgischen Landtagswahlen sprach in eingehender Weise Genosse Stelling-Lübeck, dessen Ausführungen durch die Genossen Leu-Schwartau und P. Hoff-Lübeck, sowie die Genossin Leu ergänzt wurden. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

Eutin. Endgültige Ergebnisse der letzten Volkszählung im Fürstentum Lübeck:

	1910	1905	absolut.	Proz.
Stadtgemeinde Eutin	6211	5402	+ 809	14,98
Landgemeinde Eutin	2624	2573	+ 51	1,98
Bosau	2061	2037	+ 24	1,18
Malente	3008	2592	+ 416	16,05
Neukirchen	1401	1409	— 8	0,57
Redingsdorf	874	905	— 31	3,43
Fleckengemeinde Schwartau	3335	3147	+ 188	5,97
West-Ratekau	3574	2973	+ 601	20,22
Ost-Ratekau	1302	1321	— 19	1,44
Rensefeld	2925	2453	+ 472	19,24
Obernwohlde	537	538	— 1	0,19
Stockelsdorf	3992	3901	+ 91	2,33
Flecken Ahrensbök	1734	1650	+ 84	5,09
Landgemeinde Ahrensbök	1187	1178	+ 9	0,76
Siblin	1384	1358	+ 26	1,91
Süsel	1624	1593	+ 31	1,95
Gnissau	763	803	— 40	4,98
Gleschendorf	1742	1713	+ 29	1,69
Kurau	1022	1037	— 15	1,45

Für das gesamte Großherzogtum Oldenburg stellen sich die Ergebnisse folgendermaßen:

	1910	1905	absolut	Proz.
Herzogtum Oldenburg	391 246	353 789	+ 37 457	10,59
darunter				
Marsch	126 282	112 479	+ 13 803	12,27
Oldenbg. Geest	181 663	165 127	+ 16 536	10,01
Münsterl. Geest	83 301	76 183	+ 7 118	9,34
Fürstentum Lübeck	41 300	38 583	+ 2 717	7,04
Fürstentum Birkenfeld	50 496	46 484	+ 4 012	8,63
Großherzogtum	483 042	438 856	+ 44 186	10,07

Kiel. Beim Baden ertrunken ist Mittwoch nachmittag in einem Wasserloch neben dem Segeberger Bahnhof der 12jährige Sohn des Arbeiters Chadde aus der Pickertstraße Nr. 37 III.

Harburg. Eine Frau verbrannt. In einem Zimmer des Hauses Lämmertwiete Nr. 3 entstand Dienstag abend um 12 Uhr Feuer. Von den Bewohnern dieses Zimmers, einem Manne und einer Frau, hat die letztere so schwere Brandwunden erhalten, daß sie starb. Der Mann, Michel Jurkat, ist am Kopfe, namentlich im Gesicht schwer verbrannt. Der Anblick der verbrannten Frau war grauenhaft. Als Entstehungsursache wird unvorsichtiges Hantieren mit einer Petroleumlampe angenommen. Der Mann will über die Entstehungsursache des Brandes nichts wissen und bestreitet, daß überhaupt Feuer angemacht worden sei.

Oldenburg. Die Jugendbewegung in Oldenburg und Ostfriesland hat, wie am Sonntag auf der Jugendkonferenz in Oldenburg konstatiert werden konnte, gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg auf 540, die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" auf 624. Die größte Mitgliederzahl befindet sich in den Industrieorten. Diese kommen bei der weiteren Ausbreitung auch in erster Linie in Frage. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind sehr schwer zu bearbeiten, jedoch haben wir auch in diesen bereits Fuß gefaßt, so daß wir auch von ihnen Gutes erwarten können. Jedoch sind die Schwierigkeiten in den einzelnen Orten nicht zu verkennen; besonders diejenigen, welche wirtschaftlichen Ursachen entspringen, sind geradezu typisch in Delmenhorst. Der Kapitalismus untergräbt hier das Familienleben und die Gesundheit der Arbeiter dermaßen, daß die bedauernswerten jungen Arbeiter und Arbeiterinnen stumpfsinnig in ihrem Elend weiterwandeln, ohne eine Möglichkeit der Aufnahme von irgendwelchen edlen Genüssen zu haben. Die günstige Entwickelung der großen Orte hat selbst die optimistischen Annahmen noch übertroffen. Rüstringen, Osternburg, Emden, Leer stehen mustergültig da. Im Verlauf der Konferenz wurde das Vorgehen der Behörden gegen die Jugendbewegung einer sachlichen Kritik unterzogen, bei der recht krasse Fälle berichtet wurden. Wir werden strikte den gesetzlichen Boden respektieren, auch wenn man uns noch so sehr bedroht. Die Regierung wird sehen, daß ihr Vorhaben an der Gesetzmäßigkeit der Arbeiter zerschellen wird. Zum Vorort der Bezirksorganisation wurde Rüstringen bestimmt.

Helgoland. Feuersbrunst auf Helgoland. Dem schönen Sommerabend folgte eine Nacht von Angst und Schrecken. Zwischen 3 und 4 Uhr brach im Unterland eine Feuersbrunst aus, die alles zu zerstören drohte, zumal durch die große Hitze der letzten Zeit alles Brennbare sich in einem Zustand größter Trockenheit befand. Der Brand brach wahrscheinlich in der Bäckerei von Heinrich Eilers in der Siemenstraße im Unterland aus. Innerhalb zehn Minuten stand das Haus in hellen Flammen. Das Feuer erfaßte dann auch die Villa Franziska und das Restaurant und Hotel Berliner Hof von Andreas Michels. Diese drei Gewese wurden vollständig ein Raub der Flammen. Mehrere andere Häuser sind stark beschädigt. Nur mit Hilfe der Marinemannschaften konnte eine große Feuersbrunst, die das ganze Unterland gefährdet hätte, verhindert werden. Das Feuer verbreitete sich mit unheimlicher Schnelligkeit. Die Kurgäste, die in den abgebrannten Gebäuden wohnten, konnten nur das nackte Leben retten. Ihre Kleider, Reise-Utensilien und dergleichen sind dem Feuer vollständig zum Opfer gefallen. Mehrere anwesende Badegäste konnten nur noch durch die Fenster gerettet werden werden und mußten alles im Stiche lassen. Mancher kam nur dadurch mit dem Leben davon, daß er den Sprung durch ein Fenster wagte. Hierbei zogen sich mehrere Personen Verletzungen, hauptsächlich Prellungen, zu. Leider sind aber auch einige schwere Unfälle vorgekommen. In der Siementerrasse versuchte der Hausknecht von Eilers seine Rettung durch einen Sprung aus dem zweiten Stock, brach aber dabei das Rückgrat und starb gleich darauf. Der Brandmeister Redell verletzte sich durch einen Sturz von der Leiter. Über die Ursache des Brandes hat man bis zur Stunde nicht die geringsten Anhaltspunkte.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater hatte am Dienstag abend Herr Kleinoschegg sein Benefiz. Daß er dafür den schon recht abgespielten „Zapfenstreich" von Beyerlein wählte, für dessen wirklich genügende Besetzung das Personal unserer Sommerbühne nicht mehr ganz ausreicht, war kein glücklicher Griff; um so weniger als auch seiner eigenen Individualität der eitle, hochnäsige Leutnant Lauffen gar nicht liegt. Wenn dennoch dem jungen Künstler reicher Beifall und auch viele duftige Angebinde gespendet wurden, so sind diese besonders als Anerkennung für so manche im Laufe des Sommers gebotene tüchtige Leistung anzusehen. Ein lebensvolles warmherziges Klärchen stellte Frl. Bracco auf die Bühne. Das Theater war einigermaßen befriedigend besucht. X.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Schneidergeselle Barzel. Arbeiter Burmeister. Arbeiter Figule in Travemünde. Schlossergeselle Girlich. Maschinenwärter Harms. Arbeiter Heyden. Bezirksschullehrer Hildebrandt in Malkendorf. Seedampfschiffsmaschinist Husfeldt. Kaufmann Jacobi. Arbeiter Johswich. Krämer und Flaschenbierhändler Jürgens. Maurergeselle Jürs. Barbier und Zigarrenhändler Kaehding. Schutzmann Koch. Maurergeselle Kock. Arbeiter Kurwig. Träger Lenschow. Tapezier Odebrett. Arbeiter Prüssmann. Zimmergeselle Regling. Arbeiter Schlichting. Malergeselle Schlichting in Travemünde. Arbeiter Schönberg. Rohrleger Schwarten. Arbeiter Sprank in Moorgarten. Maurergeselle Stapelmann in Pöppendorf. Kaufmann Steffen in Schlutup. Arbeiter Steffen. Fabrikaufseher Steffen in Schlutup. Maurergeselle Stief. Maurergeselle Stürholdt in Travemünde. Schmiedegeselle Witt. Höker, Milch- und Flaschenbierhändler Zäuner.

Sie haben am 29. Juli 1911 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Arbeiter-Jugend", Nr. 16.

„Sozialistische Monatshefte", Heft 16.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten"**.

Was ißt man bei der Hitze?
Hansa-Rote-Grütze!

Mit einer Vanille-Sauce aus **Hansa=Vanille=Saucenpulver.** Höchst erfrischend und nahrhaft! Auch ein kalter Hansa-Pudding aus **Hansa=Puddingpulver** bildet bei der Hitze eine wahre Labung für Klein und Groß. Ueberall erhältlich. Aber ausdrücklich **„echt Hansa“** verlangen.

Nährmittelfabrik „Hansa“, Hamburg 6.

Gesucht z. 1. Okt. eine **2=Stuben=Wohnung** im Preise von 180—200 Mark. Hüxtertor od. St. Johannis. Ang. u. **A M 15** a. d. Exp. d. Bl.

Ein **Haus** mit 2 Wohnungen v. d. Hüxtertor, Vor= u. Hintergarten, zu verkaufen. Preis 8000 Mark. Ang. u. **A K 14** a. d. Exp. d. Bl.

Eine **Landbude** in der Nähe der Moltkebrücke billig zu verkaufen. Näheres Elswigstr. 42, II.

Eine milchgebende **Ziege** zu verkaufen.

H. Burmeister, Schlutup, Sophienstr. 6.

Am **8. August** eröffnete ich mein an der **Untertrave 38** (Ecke Alsheide) neu eingerichtetes **Tabak= und Zigarren=Geschäft** und bitte meinen schon langjährigen Kundenkreis um weiteren Besuch, da ich sämtliche Waren der Tabakbranche führe.

Achtungsvoll **Oskar Höppner,** Untertrave 38 (Ecke Alsheide).

Schuhwaren=Saison=Ausverkauf.

(Schluß Sonntag.)

Damen=Schnürstiefel (braun) jetzt **7.75**
Damen=Schnürschuhe m. Lackkappe . . . . . . jetzt **5.75**
Damen=Schnürstiefel m. Lackkappe . . . . . . jetzt **6.50**
Herren=Schnürstiefel (braun) sonst 14.50 jetzt **11.25**
Herren=Zug= und Schnallenstiefel (Boxcalf) . . jetzt **8.90**
Herren=Schnürstiefel (Box) jetzt **7.75**
Sämtliche **Kinderstiefel** (braun) sowie **Sandalen** zu Einkaufspreisen.

Heinr. Beckmann, Reiferstr. 3.

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk.

Käse! Käse!

Alle Sorten sehr billig. Kleinverkauf vom Engros=Lager.
Fleischhauerstraße 48.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der **Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.**

Plakate
betr. **Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli d. Js. bezügl. Feilhalten von Nahrungs= und Genußmitteln** sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Die Arbeiter=Garderoben aus dem Spezial=Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.95
Zwirn=Hosen . . **1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Jg. Tauben u. Schlacht-Kücken kauft **Frd. Holst,** Fleischhauerstr. 8.

Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken

empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen

Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Welteilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Friedr. Meyer & Comp.
Johannisstraße 46.

Große Partien Käse.
Fette Tilsiter, von der Hitze etwas gelitten, Pfund **20 und 30** Pfg., **Schweizerkäse** Pfund **50** Pfg.

Käse=Lager Schlumacherstraße 12, Verkauf auf der Diele.

Bungescher Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:

H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52

Heute Donnerstag:

Gr. Vogel- u. Preisschießen
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Abends 9 Uhr:

Vokal-Konzert
Eintritt frei.

Achtung! Achtung!
Partei= u. Gewerkschaftsgenossen!

Tarifabschluß der Friseurgehilfen.

Folgende Geschäftsinhaber haben den ihnen vorgelegten Tarif, gültig ab 1. Juli 1911, anerkannt. Wir ersuchen, diese Geschäfte bei Bedarf zu berücksichtigen.

Gerwinski, Dornestraße.
Karberg Ww., Dornestraße.
Möller, Füchtingstraße.
Wigger, Nebenhofstraße.
Bininda, Adlerstraße.
Adler, Adlerstraße.
Schmüser, Westhoffstraße.
Kühn, Ratzeburger Allee.
Rieckermann, Schulstraße.
Rieckermann, Fünfhausen.
Wendler, Untertrave.
Lauck, Wahmstraße.
Bininda, Rosengarten.
Kuhr, Johannisstraße.
Weigert, Markttwiete.

Fünf Geschäfte, welche noch bewilligt haben, werden auf Wunsch nicht veröffentlicht.

Als Ausweis dient das von uns in blauer Schrift auf weißem Grunde und blau=roter Umrandung ausgehändigte Plakat, welches mit dem Stempel der Organisation versehen ist.

Wir weisen besonders darauf hin, daß an Geschäfte, welche ohne Gehilfen arbeiten, keine Plakate ausgegeben werden.

Die Tarifkommission.
Zweigverein Lübeck.

Unterzeichnete Kommission macht bekannt, daß das Plakat, welches dem Geschäftsinhaber Herrn **K.,** Fackenburger Allee, vom V. d. F. Deutschlands, Zweigverein Lübeck, leihweise überlassen wurde, zurückgefordert werden mußte, da es nicht möglich ist, den Gehilfen desselben der Organisation zuzuführen. Weshalb das Geschäft als geregelt **nicht** in Betracht kommt.

Tarifkommission d. Friseurgehilfen.
Zweigverein Lübeck.

Dr. Schlomer
verreist.

„Tiergarten“
Arnimstraße.
Sonntag, den 13. August:

Grosser Ball
verbunden mit
Konzert und Aufführungen vom Dilettanten-Klub „St. Gertrud“.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 11. August,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.

Tages=Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichterstattung von der Generalversammlung in Schwartau.
3. Wahl von Hilfskomiteemitgliedern zum Stiftungsfest.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Schwartau.
Achtung!
Bauarbeiter!
Versammlung
am Freitag, 11. Aug., abends 8 Uhr
in Süfkes Gastwirtschaft, Rensefeld.

Mitglieder, die den Ausflug mitmachen wollen, mögen sich in dieser Versammlung melden.

Der Vorstand.

Stadthallentheater.
Freitag 8 Uhr. 60. Abonn.=Vorst. Uraufführung:

Die ideale Forderung.
Lustspiel in 3 Akten v. Rich. Keßler und Hermann Katsch.

Sonnabend: Volkst. Operettenabend 75 und 50 Pfg.

Don Cesar.
Sonntag und Montag: Gastsp. des Elite=Ballett=Ensembles „Exelsior“, 8 Damen, unter Leitung der Ballettmeisterin der Königl. Niederländischen Oper, Frl. Marianne Kunschmann.

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der Firma **A. L. Mohr** G. m. b. H., Altona—Bahrenfeld. **Überall erhältlich!**

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Richard Wagner, Reinfeld.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
H. Horenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
L. Krüger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
H. Fasach, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa“ J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Kalkberg, Warendorpstr. 20. Fünfhausen 7.

Betten, Bettfedern
Richard Wagner, Reinfeld.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 95. Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Weiermiller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Bürsten, Kämme
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk“, Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Petzerstr. 1e.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Basse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 48. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 53.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
L. Häller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33. Aufschnitt, Käse.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14

Möbelmagazine
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
J. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte

Meiereien
Meierei Rensefeld Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt, Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Benicke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Hüxstr. 43.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen. Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 185. Donnerstag, den 10. August 1911. 18. Jahrg.

Die Milchfrage.

Der Verband der mitteldeutschen Milchhändlervereine hat jüngst in Dresden seinen Verbandstag abgehalten. Es waren zum großen Teil Schmerzen der Händler, über die man sich dort unterhielt, aber manches, was gesagt wurde, verdient auch die Aufmerksamkeit weitester Kreise der Konsumenten.

Hierher gehört in erster Linie die Milchkontrolle. Die Händler führen Klage darüber, daß sie scharf von der Polizei kontrolliert werden, dagegen nicht die Produzenten. Dadurch entsteht den Händlern Schaden, denn sie werden haftbar gemacht für Mängel, die die Produzenten verschulden. In der Tat haben wir es hier mit einer Frage von immenser Wichtigkeit zu tun. Wenn man bedenkt, daß Milch zu den allerwichtigsten Nahrungsmitteln zählt, daß sie vor allem den kardinalen Bestandteil der Nahrung der Kinder bilden soll, so leuchtet ohne weiteres ein, daß die Versorgung mit guter, gesundheitlich einwandfreier Milch eine überaus wichtige Aufgabe der Volkswirtschaft ist. Nun steht es fest, daß die Beschaffung derartiger Milch gar nicht so einfach ist, wie es auf den ersten Blick erscheint. Vor allem wissen wir heute, daß die Milchkühe manchen Seuchen unterworfen sind, die auch durch Milch übertragen werden. Bei einzelnen diesen Seuchen, wie der Maul- und Klauenseuche, ist die Lieferung von Milch ausgeschlossen und die Veterinärpolizei verbietet denn auch den Vertrieb von Milch aus den verseuchten Gehöften. Strittig ist dagegen bisher die Frage, ob Milch von tuberkulösen Kühen gesundheitsschädlich ist. Die Frage ist insofern von großer Wichtigkeit, als die Tuberkulose der Rinder stark verbreitet ist und anderseits beim lebenden Rinde der Nachweis der Krankheit nicht ganz leicht ist. Der Streit tobt nun darüber, ob die Tuberkulose der Rinder durch den Genuß von Milch auf den Menschen übertragbar ist oder nicht. Heute neigt man zu der Anschauung, daß die Tuberkulose der Rinder nicht unmittelbar übertragbar ist, d. h. ein gesunder Mensch nicht durch Produkte des Rindes mit Tuberkeln infiziert werden kann, weil es sich um zweierlei Bakterien handelt. Aber auf der andern Seite wird von den meisten Fachleuten behauptet, daß Milch von tuberkulösen Kühen gefährliche Magenkrankheiten herbeiführen kann, besonders bei Säuglingen. Allerdings wird die Gefahr dadurch vermindert, daß nicht notwendig die Krankheit sich einstellen muß, sondern erst bei gewissen Voraussetzungen, insbesondere bei bereits gestörter Verdauung die Erkrankungsgefahr zunimmt. Das Mittel, die Gefahr zu beseitigen, indem man nur gesottene Milch genießt, erweist sich als trügerisch, weil einfaches Sieden der Milch die Tuberkeln nicht unschädlich macht, dagegen andre, in der Milch enthaltene Stoffe (Fettsäuren), die die Wirkung des Tuberkelgifts paralysieren, beim Sieden vernichtet werden. Auch die verbesserte Methode des Sterilisierens der Milch bietet keinen sicheren Ausweg, besonders bei der Ernährung von Säuglingen, weil sterilisierte Milch bei weitem schwerer verdaulich ist. Daher bleibt es eine wichtige Aufgabe der Volkshygiene, dafür zu sorgen, daß Milch nur von tuberkelfreien Kühen geliefert wird. Die Forderung lautet daher: Ausmerzung der verseuchten Rinder, Kontrolle der Milchkühe. Es wäre damit schließlich auch der Landwirtschaft gedient, denn es ist erwiesen, daß tuberkulöse Rinder auch andern verheerenden Seuchen leichter zum Opfer fallen, als gesunde. Nur ist die Durchführung einer solchen Maßregel unter den bestehenden Besitzverhältnissen schier unmöglich. Es würde ein Verbot, tuberkulöse Kühe zur Milchproduktion zu verwenden, einer Entwertung des Viehbestandes um Milliarden gleichkommen, die man den Besitzern vergüten müßte.

Eine zweite, nicht minder wichtige, ja vielleicht noch viel wichtigere Frage ist die Beschaffung von wirklich reiner Milch. Hier wird in barbarischer Weise gesündigt. Es genügt, das Melken in einem durchschnittlichen Bauernhofe aufmerksam zu beobachten, um einen Schauder zu bekommen. Von einer gründlichen Säuberung der Hände der Melkerin ist nicht die Rede. Die brave Stallmagd, die eben erst den Stall ausgemistet, hält es zumeist für höchst überflüssig, sich auch nur die Hände abzuwischen. Die Säuberung des Euters der Kuh gilt erst recht als eine verschrobene Anmaßung. Dazu kommt die ungenügende Sauberhaltung der Gefäße, die Milch aufnehmen sollen. Das Resultat ist, daß eine Menge Schmutz, vor allem Kuhfäkalien, beim Melken in die Milch geraten. Diese Fäkalien lösen sich in der Milch auf, das übliche Durchseien der Milch durch ein Sieb kann daher nur die groben, ungelöst umherschwimmenden Partikel absondern, der aufgelöste — sagen wir offen — Dreck, bleibt in der Milch. Daß Kuhmist kein begehrenswerter Bestandteil des Nahrungsmittels ist, dürfte einleuchten, daß derart verschmutzte Milch unbedingt ungesund ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Schlimm ist dabei, daß eine derartige Verunreinigung nicht leicht nachgewiesen werden kann, sondern es dafür erst einer komplizierten Analyse bedarf.

Fragen wir, ob diese Schmutzerei mit einem der wichtigsten Nahrungsmittel zu beseitigen ist, so werden wir beim Bestehen der bäuerlichen Wirtschaft wohl zu einer ziemlich hoffnungslosen Antwort kommen. Von Thoma, dem gründlichen Kenner der Bauernschaft, stammt ja wohl das Wort, auf dem Lande sei die Luft rein, weil die Bauern niemals die Fenster aufmachen. Die Bauern zu derart peinlicher Sauberkeit zu erziehen, wie sie nötig wäre, um absolut reine Milch zu erhalten, wäre vergebliches Bemühen. Und so lange das nicht der Fall ist, ist jede Kontrolle undenkbar, denn es müßte ja dann beim Melken der Kontrolleur zugegen sein. Technisch durchführbar ist dagegen diese Sauberkeit sehr wohl. Auch beim Melken mit der Hand werden heute in Musterbetrieben ausgezeichnete Resultate erzielt. Das Melken wird in sauber gehaltenen Räumen besorgt, die Melker säubern die Hände und Gefäße aufs genaueste und wechseln die Kleider. Einen weiteren Fortschritt bietet die Melkmaschine, die heute bereits vollständig einwandfrei arbeitet. Hier gelangt die Milch aus dem Euter der Kuh direkt in das Versandgefäß, jede Verunreinigung ist ausgeschlossen.

Indessen genügt es nicht, daß Milch in guter Qualität geliefert wird, es kommt auch darauf an, daß sie wohlfeil sei. Hier stoßen wir aber auf einen der schlimmsten Übelstände. Seit Jahren sehen wir nämlich in den Großstädten den Milchpreis steigen. Auf der einen Seite wird die Versorgung dieser Städte mit dem genügenden Quantum frischer Milch immer schwieriger, weil die Entfernung, aus der die Milch herbeigeschafft werden muß, immer größer wird, die Frachtkosten also steigen. Auf der andern Seite treiben die Produzenten den Preis künstlich in die Höhe, indem auch die braven Bäuerlein und ihre Genossenschaften, „dem Zuge der Zeit folgend", es trefflich gelernt haben, Ringe zur Schröpfung der Konsumenten zu bilden. Drittens sind auch die Händler, obwohl sie sich gern als die reinen Unschuldsengel hinstellen, durchaus nicht abgeneigt, durch Preiskonventionen sich Extraprofite zu sichern. Fragt man freilich diese Interessenten, dann klagen sie Stein und Bein. Die Landwirte weisen auf die hohen Futterkosten hin und sind bereit zu schwören, daß selbst bei den hohen Preisen die Milchwirtschaft nicht rentiert. Die Händler wieder behaupten, daß bei den gegenwärtigen Transportverhältnissen die Unkosten sehr hoch seien — Kühlanlagen, Transportgefäße, hohes Risiko, weil trotz allen Maßnahmen das Verderben der Milch von Zeit zu Zeit unvermeidlich wird — und folglich auch der Aufschlag auf den Produzentenkreis groß sein muß. Diese Klagen haben sicher ihre Berechtigung. Trotz aller schönen Theorien ist die bäuerliche Wirtschaft wenig rentabel selbst dort, wo alles dafür spricht, wie bei der Milchwirtschaft. Kommen zu den schweren Bedingungen noch unverschämt teure Futterkosten, wie in Deutschland unter dem verrückten System des agrarischen Hochschutzzolls, so ist allerdings die Milchproduktion mit hohen Kosten verbunden. Die Nöte der Milchhändler sind gleichfalls zum großen Teil auf die Zersplitterung des Handels zurückzuführen. Im Kleinbetriebe müssen sich ja die Kosten für Kühlanlagen und Transport sehr hoch stellen. Welche Vergeudung liegt schon darin, daß in der Regel die Bewohner einer Mietskaserne von drei, vier, ja noch mehr Händlern bedient werden, die ihr Fuhrwerk wegen ein paar Liter Milch durch die Straßen schicken müssen.

Stellen wir uns einmal vor, wie sich in einem Gemeinwesen, das sich nur von den Gründen der Zweckmäßigkeit und des Gemeinwohls leiten läßt, die Milchversorgung organisieren ließe unter der Voraussetzung, daß Großstädte bestehen. Dieses Gemeinwesen würde in Betracht zu ziehen haben, daß frische Milch zu jenen Produkten gehört, deren Transport auf große Entfernungen mit Schwierigkeiten verbunden ist. Es würde also im Kreise um die Großstädte Milchfarmen und Gärten für Gemüse und Obst errichten, dagegen den Ackerbau und die Aufzucht von Vieh in weiter entlegene Gegenden verlegen. In diesen Milchfarmen würden nur Kühe gehalten, bei denen auf den Umsatz von Futterstoffen in Milch im höchsten Grade zu rechnen ist. (Bekanntlich ist diese Ausnützung des Futters bei den einzelnen Tieren sehr verschieden, es kommt darauf an, die „unnützen Fresser" auszuscheiden.) Selbstverständlich würde man tuberkulöse Kühe hier gänzlich ausschließen. Die unter Einhaltung der peinlichsten Sauberkeit gewonnene Milch würde auf schnellen Verkehrsmitteln (elektrische Bahnen, Automobile), deren Fahrzeiten dem Bedarf der Milchwirtschaft angepaßt sind, in kürzester Frist, vielleicht eine Stunde nach dem Melken, bereits in den städtischen Zentralen anlangen können. Diese Zentralen, in denen eine sachgemäße Behandlung der Milch stattfindet, wären in der Lage, wiederum in kürzester Frist die Bevölkerung zu versorgen. Ziehen wir die Ersparnisse bei Beschaffung der Futterkosten, beim Transport und Vertrieb des Produkts in Betracht, so scheint es klar, daß die Kosten auf die Hälfte, ja auf ein Drittel gegen die derzeitigen zu reduzieren wären und die Bevölkerung hätte obendrein ein einwandfreies Nahrungsmittel.

Jetzt dagegen ist der Prozeß der: die Bauern produzieren die Milch auf unrationelle Weise, weil die Durchführung rationeller Kuhhaltung (gesunde und ergiebige Milchkühe) für den einzelnen Wirt mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden ist. Diese Milch wird unsauber

---

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(15. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Plötzlich kam das Gewirr von Menschenstimmen näher. Ossendorff runzelte schon die Stirn, als Marianne verwirrt aufsprang. Im selben Augenblick erschien die lärmende Gruppe vor Ossendorffs Häuschen. In der Mitte der Leute, im Schritt, eine Droschke. Auf dem Bürgersteig ein Schutzmann, der einen blonden Knaben an der Hand führte. Der Knabe sprach zornig und lebhaft und jetzt hörte man sein dünnes Stimmchen:

„Sie werden doch wohl den Major von Ossendorff kennen? Major Freiherr Wolfgang von Ossendorff. Ich bin . . ."

„Wölfi!" schrie Marianne erschreckt und doch glücklich.

„Mama!" jauchzte das Kind, riß sich los, rannte gegen das Eisengitter und dann herum und durch die Pforte in die Laube, sprang an seiner Mutter empor und fing auf einmal jämmerlich zu weinen an. Der Schutzmann befahl den Leuten grob, weiter zu gehen, und trat dann würdevoll in das Vorgärtchen.

Kaum erblickte ihn Wölfi, so strammte er sich wie ein kleiner Soldat, blickte dabei ängstlich nach Ossendorff, der schwer atmend und mit leuchtenden Augen sich zurückgelehnt hatte.

Er hatte ein Dutzend Photographien von dem Teufelsjungen, auch eine, die ihn so wiedergab, wie er vor ihm stand: mit nackten Knieen, blauen Höschen und einer blauen Matrosenjacke über dem weiten weißen Wollhemd. Was aber ist so eine Photographie. Hier! Der Junge war ja . . . Ganz Anna Maria mit seinen blonden Locken und mit dem verlegenen Trotz auf den Lippen. Da sich satt küssen! Leben!

„Nicht wahr, Mama! Der ist Papa!"

Wölfi fiel über seinen Vater her und küßte ihn leidenschaftlich.

„Da, Papa, da bin ich, und der Herr Schutzmann soll mich um Verzeihung bitten. Er hat mir nicht geglaubt, daß du mein Papa bist."

Ossendorff umfaßte fast gierig mit der Hand das Köpfchen des Sohnes, ließ seine Finger im Nacken spielen, dann im Haar und warf dem Schutzmann einen fragenden Blick zu.

„Zu Befehl, Herr Major. Wie der Kutscher sagt, ist dieser Knabe, ist . . . der junge Herr Baron auf dem Anhalter Bahnhof allein angekommen, hat sich dort von meinem Kollegen ganz schneidig 'ne Marke geben lassen, ist in die Droschke gestiegen und hat befohlen: nach Charlottenburg zu Ossendorffs. Die Berlinerstraße hat er gewußt; aber die ist lang. Die Nummer nicht. Seit 'ner Viertelstunde suchen sie, und da wird der Kutscher endlich die Geduld verloren haben und sein Geld verlangen, und wie der junge Herr Baron nichts bei sich gehabt haben, da hat der Kutscher geschumpfen. Sind unjebildete Menschen, die Droschkenkutscher. Immerzu Krakeel, immerzu räsonieren. Und die Leute müssen immer dabei sein, wenn was los ist."

„Na wart," rief Ossendorff und schüttelte den Knaben; und die Tränen traten ihm in die Augen vor Lust. „Du Schuldenmacher! Du Durchbrenner! Na wart."

Der Kutscher war abgestiegen und wollte mit dem Schutzmann einen Streit über polizeiliche Vorschriften anfangen.

Wölfi rief:

„Nein, Mama! Ich, ich will ihn bezahlen."

Marianne hatte die Sache rasch ordnen wollen. Jetzt gab Ossendorff dem Knaben sein Portemonnaie. Wölfi sprang damit an das Gitter.

„Wie viel?" fragte er dreist.

„3 Mark 50."

Wölfi öffnete das Portemonnaie, gab dem Kutscher vier Mark und sagte plötzlich bescheiden:

„Entschuldigen Sie. Jetzt sehen Sie doch, daß ich Sie nicht habe betrügen wollen."

Der Kutscher fuhr fort, der Schutzmann empfahl sich, und Wölfi stellte sich verlegen trotzig vor seine Eltern. Franz und die beiden Mädchen, die den Kopf zum Fenster hinausgesteckt hatten, wurden fortgeschickt. Dann nahm Ossendorff den Knaben heftig in den Arm, drückte ihn an sich und sagte:

„Jetzt, du nichtswürdiger Bengel, jetzt, jetzt . . ."

„So erzähle doch," rief Marianne.

„Jetzt soll er vor allem etwas essen, der Deserteur."

Das Frühstück wurde ein Fest für Kind und Eltern. Wölfi wurde an Ossendorffs rechte Seite gesetzt, und Marianne nahm ruhig an der linken Platz. Erst später bemerkte es Ossendorff; er wies sie fort, die Eltern nahmen den Knaben in die Mitte und waren glücklich ihn essen zu sehen, ihn plaudern zu hören und ihn zu liebkosen. Franz lachte übers ganze Gesicht, während er bediente. Und immer wieder kam eines der Mädchen ans Fenster und nickte heraus. Als ob das Dienstverhältnis aufgehoben wäre, und ein Jubeltag alle Menschen gleich gemacht hätte. Die Köchin hatte dem Jungen zu Ehren eine süße Speise improvisiert und brachte sie, schluchzend vor Freude, selbst in die Laube. Marianne reichte ihr zum Dank die Hand, Ossendorff winkte ihr zu. Nur Wölfi vergaß nicht ganz die Rechte seiner Geburt und fragte ein wenig protzig mit schmatzendem Munde:

„Du, das schmeckt gut. Wie heißen Sie denn?"

„Martha, du lieber goldner Wölfi, und hab dich gekannt, wie du so groß warst."

„Warum sagt sie denn du zu mir?" fragte Wölfi, als er wieder mit den Eltern allein war. „Bei Frau Krieger müssen sie alle Sie sagen und junger Herr Baron."

Nach dem Frühstück wollte sich Wölfi das Haus ansehen. Allein. Doch ließ er sich von Franz führen, als er hörte, er wäre Papas Bursche gewesen.

Als das Ehepaar allein war, suchte Marianne die Eigenmächtigkeit des Kindes vorsichtig zu entschuldigen. Aber Ossendorff ließ sie nicht zu Ende sprechen. Unter Tränen lachte er unaufhörlich sein frohestes Kinderlachen, dann faßte er die Hand seiner Frau, zog die Finger an seine Brust und schrie beinahe:

„Mein Weib! Hab keine Angst, nur diesen Tag des Glücks laß mir ganz. Unser Wölfi! Aber warum hast du mir denn das nicht erzählt? Du hast ja nie ein Wort gesagt, wie groß er geworden ist und wie schön! Dir so ähnlich! Hast du denn das nie bemerkt! So schön! so schön! Ganz wie du und so ein frecher Bengel! Richtig, er ist gekommen! Seit fünf Jahren warte ich darauf und er kommt richtig. Mein Weib! Mein Weib!

Nach einiger Zeit kam Wölfi zurück, und jetzt sollte er endlich erzählen. Hundertmal wurde er von zärtlichen Scheltworten unterbrochen, hundertmal küßte ihn Mama und faßte ihn Papa lachend beim Schopf. Aber schließlich kam der Bericht doch zu Ende.

Er hatte aus den Reden Mamas schon mancherlei aufgeschnappt. Daß man ihn wie ein kleines Baby behandele und ihn nur aus Mißtrauen nicht zu dem guten Papa lasse, weil man ihn für kindisch halte. Gestern aber habe er nach Mamas Abreise alles ganz genau erfahren.

„Frau Krieger hat mit einem Besuch über Papa gesprochen, verstehst du, mit einer anderen Mama. Sie hat nicht gewußt, daß ich zuhören kann. Und da habe ich es ganz genau erfahren, daß mein Papa im Kriege gewesen ist, und daß man ihm dort alle Beine abgeschossen hat, und daß man mich für einen Feigling hält. Daß ich schreien könnte, wenn ich's sehe! Ich bin kein Feigling, ich werde garnicht schreien. Im Krieg kann einem auch der Kopf abgeschossen werden, und ich würde doch nicht schreien. Und da habe ich gleich zu Kurt gesagt, ich fahre zu Papa. Da hat Kurt gesagt, verstehst du, da mußt du die aus der

behandelt infolge der Gleichgültigkeit und der Gewöhnung an die Schmutzerei, obendrein ist die Behandlung auch noch oft falsch und nachlässig infolge der Unwissenheit (keine richtige Kühlung für den Transport). Der Transport dauert übermäßig lange und geschieht unrationell, denn die Eisenbahnen sind nicht imstande, das Produkt, das ihnen auf den einzelnen Stationen in kleinen Mengen zugeführt wird, in entsprechender Weise zu behandeln. Endlich kommen die Milchkannen in die Stadt, wo die einzelnen Milchhändler die Ware in Empfang nehmen, zum Teil fälschen und dann in notgedrungen unrationeller Weise an die Kunden ins Haus liefern, wenn nicht noch der Krämer dazwischen kommt, der auf eigene Faust pantscht und versaut.

Kein Wunder daher, daß auf dem Verbandstage verschiedene Redner zu dem Schlusse kamen, daß die Zustände zwar schlimm seien, weil die Milch schlecht, versaut, bakterienhaltig ist, daß aber eine Änderung nicht zu erzielen sei, denn — einwandfreie Milch ließe sich nur zu Kosten herstellen, die für die Bevölkerung unerschwinglich wären. Folglich müsse man „übertriebene hygienische Forderungen" aufgeben. Ein nettes Eingeständnis! Es besagt: unter den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen müssen die Konsumenten darauf verzichten, ein wichtiges Nahrungsmittel in einwandfreier Beschaffenheit zu erhalten. Sie müssen sich mit dem Gedanken aussöhnen, daß die Milch, die sie trinken, eine gehörige Portion aufgelösten Kuhmist und sonstigen Schmutz enthält, daß sie bakterienhaltig ist und deshalb zum Träger von Seuchen wird.

Der Kongreß der Interessenten hatte dann allerdings noch ein paar Spezialwünsche, deren Erfüllung scheinbar auch im Interesse der Konsumenten liegen würde. Die Milchhändler wünschen z. B. ein Reichsmilchgesetz und Kontrolle der Produzenten. Den Herren kommt es darauf an: heute besteht in den Städten eine Milchkontrolle, die zwar mangelhaft genug geführt wird, immerhin aber den Händlern unbequem ist. Hauptsächlich wird die Milch auf den Fettgehalt geprüft und der Händler, der Milch liefert, die nicht das Minimum an Fett enthält, macht sich strafbar. Nicht ganz mit Unrecht behaupten nun die Händler, daß die Pantscherei schon von den Produzenten geübt wird, daß selbst die Molkereigenossenschaften oft minderwertige Milch liefern. Sie wollen also nicht die Verantwortung für die Produzenten tragen, sondern fordern, daß diese ebenfalls der Kontrolle unterstellt werden. Diese Forderung mag berechtigt sein. Aber, wie bereits erwähnt, ist an eine wirksame Kontrolle der Produzenten, soweit es sich um kleinbäuerliche Betriebe handelt, gar nicht zu denken. Diese Kontrolle könnte sich allenfalls auf den Fettgehalt beziehen, auf die Reinlichkeit gewiß nicht. Ebenso ist ein gesetzliches Verbot der Haltung tuberkulöser Milchkühe kaum durchzuführen, es sei denn, daß man sich dazu entschließt, im ganzen Reiche alle paar Monate eine langwierige veterinarische Revision aller Kühe durch Impfung (bisher das einzige, wenn auch nicht absolut sichere Mittel, Tuberkulose bei lebenden Rindern nachzuweisen) vorzunehmen.

Dieses Beispiel ist indessen nicht vereinzelt. In der bestehenden kapitalistischen Wirtschaft, bei ihrer Zersplitterung der Produktion und des Vertriebs und dem Eigennutz, der zum Betrug, wie zur Außerachtlassung aller Rücksichten auf den Konsumenten führt, werden die Anforderungen der Hygiene niemals erfüllt. Die Ernährung der Menschen, die Versorgung mit Kleidung und Wohnung geschieht nicht in der Weise, wie sie vernunftgemäß geschehen müßte, sondern wie es der Eigennutz, das Profitinteresse diktiert. Hygiene wird zum Luxus der Reichen, die Plebs mag Milch mit Kuhmist und Tuberkelbazillen genießen. Es kommt ja nicht darauf an, die Menschen gesund, stark, lebensfähig zu machen, sondern nur darauf, genügend Hände zu haben, die Mehrwert schaffen, so lange sie sich rühren können und durch neue ersetzt werden, wenn die Kraft geschwunden. So heischt es die von Gott gewollte Ordnung. J. Karski.

Aus der Partei.

Die Berliner Parteiorganisationen. Die Parteileitung von Groß-Berlin macht folgende Angaben über den Stand der Berliner Mitgliedschaften:

	Männliche	Weibliche	Zusammen	Männliche	Weibliche	Zusammen
	1909/10			1910/11		
1. Kreis	697	104	801	892	123	1015
2. Kreis	4418	363	4781	4747	548	5292
3. Kreis	2210	284	2494	2389	312	2701
4. Kreis	20131	2796	22927	20415	3755	24170
5. Kreis	1630	220	1850	1860	255	2115
6. Kreis	25472	3509	28981	26415	4169	30584
Teltow-Beeskow	22605	3899	26505	24360	5251	29611
Nieder-Barnim	11262	1591	12853	12996	2534	15530
Zusammen	88425	12766	101191	94074	16 947	111021

Es ist also ein Wachstum von 5649 männlichen und 4181 weiblichen, zusammen von 9830 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Berliner Parteileitung bemerkt zu dieser Statistik: „So erfreulich diese Steigerungen an und für sich sind, so können wir uns doch einer gewissen Unzufriedenheit nicht erwehren. Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission für 1910 weist 237 803 männliche und 23 526 weibliche, zusammen 261 329 Gewerkschaftsangehörige auf. Berücksichtigen wir, daß unter unseren 111 60 Mitgliedern noch zirka 10 bis 12 Prozent selbständige Geschäftsleute enthalten sind, so ergibt sich das bedauerliche Fazit: die größere Hälfte der klassenbewußten Arbeiterschaft steht der politischen Organisation leider noch fern."

Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie! Unter diesem Titel ist ein vom Parteivorstand herausgegebenes Flugblatt erschienen, das die Marokkokrise behandelt. Das Flugblatt ist an die Bezirksvorstände versandt und wird den Organisationen in den nächsten Tagen zugestellt werden.

Die Partei in Sachsen-Meiningen. In Eisfeld fand der von 66 Delegierten besuchte Landesparteitag für Sachsen-Meiningen statt. Die Zahl der Parteimitglieder ist klein; sie stieg von 2700 auf 2798; Sozialdemokratische Ortsvereine bestanden im 1. Meininger Wahlkreis 18, im 2. Wahlkreis 46, die Freie Jugendorganisation hat in 8 Orten Vereine. Die Einnahmen beliefen sich für das Geschäftsjahr 1910/1911 inklusive eines Kassenbestandes von 158,60 Mk. auf insgesamt 5905,98 Mk., während die Ausgaben 4345,91 Mk. betrugen, sodaß ein Kassenbestand von 1560,07 Mk. verbleibt. Flugblätter, Broschüren, Kalender usw. wurden in einer Auflage von 56 900 Exemplaren verteilt. Auch die Parteipresse bewegt sich, wenn auch mäßig, aber doch ständig und sicher vorwärts. Die Auflage des „Volksblatts" in Saalfeld betrug am 1. Januar 1910 5540 und stieg bis 31. Dezember 1910 auf 6050, während im Februar die Auflage bereits auf 6350 gewachsen war. Der „Thüringer Volksfreund" in Sonneberg konnte ebenfalls Erfreuliches berichten. Die Auflage betrug 1910 5700, am Schlusse des Berichtsjahres aber 6500. In finanzieller Beziehung prosperierte das Sonneberger Parteiunternehmen vorzüglich, sodaß im letzten Jahr 12015 Mark an den Einrichtungen abgeschrieben werden konnten. — In Meiningen I ist zur bevorstehenden Reichstagswahl Genosse Knauer-Sonneberg, In Meiningen II Genosse Reißhaus-Erfurt aufgestellt. Ein Antrag, die beiden Reichstagswahlkreise zu trennen, soll auf einer späteren Konferenz erledigt werden. Als Landesparteivorstand wurde Genosse Seige-Pößneck wiedergewählt.

Aus der Jugendbewegung.

Das Reichsvereinsgesetz gegen Jugendliche. Der Hallesche Jugendtag, den die Polizei zu Pfingsten mit allen ihren Machtmitteln aufzureiben versuchte, wird eine Reihe Gerichtsverhandlungen zur Folge haben. Der erste Prozeß, bei dem einem agitierenden Abstinenten fälschlich die Leitung der Veranstaltung angedichtet worden war, endete mit Freisprechung. Die Polizei hatte einen Falschen erwischt. In einem weiteren Falle wurden drei junge Genossen aus Naumburg vom Halleschen Schöffengericht zu je 15 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie nach einer Versammlungsauflösung, die sie für ungerechtfertigt hielten, nicht sofort den Saal verlassen haben. Das Gericht erklärte, daß auch unberechtigten Aufforderungen der Polizei Folge geleistet werden müsse. Eine Untersuchung der Hauptfrage, ob die Polizei zur Auflösung der geselligen Pfingstveranstaltungen berechtigt war, lehnte das Gericht ab. In späteren Prozessen werden die Gerichte auf die Prüfung dieser wichtigen Frage aber doch nicht herumkommen.

Eine Konferenz der Jugendausschüsse des Oberrheins tagte am Sonntag in Köln. Vertreten waren Köln, Mülheim, Bonn, Aachen-Stadt, Aachen-Land, Gummersbach und Oberstein. Der Bericht des Bezirksausschusses konnte einen erfreulichen Vormarsch auch in diesem vom Klerikalismus beherrschten Gebiet feststellen. In der Zeit vom 1. Dezember v. Js. bis zum 30. Juni d. Js. stieg die Zahl der Abonnenten der Arbeiterjugend von 1213 auf 1868. Nur Bonn hatte einen kleinen Rückgang. Jugendheime bestehen in Köln-Kalk, Mülheim und Bonn. Neben zahlreichen andern Veranstaltungen wurden 88 Einzelvorträge mit insgesamt 5618 Besuchern und 75 Wanderungen mit etwa 4500 Beteiligten geboten. Die übrige Tätigkeit der Ausschüsse erstreckte sich auf Museumsbesuche, künstlerische Veranstaltungen, Theaterbesuche, Turn- und Spielabende und den Schutz der Jugend gegen Gesetzesübertretungen der Unternehmer. Die Konferenz nahm noch zwei Referate über „Praktische Arbeit in der Jugendbewegung" entgegen und stimmte dann einer Reihe von Anträgen zu. Von diesen fordert einer von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands die baldige Errichtung eines besonderen Jugendsekretariats; ein weiterer die Herausgabe eines Ratgebers für die Jugendausschüsse und die Organisation von Agitationstouren durch die Zentralstelle. Einen besonderen Wert bekam die Konferenz durch eine umfangreiche Ausstellung der Literatur der verschiedenen Richtungen in der „Jugendpflege" und namentlich auch der Zeitungen und Flugblätter unserer Gegner. Sehr wirkungsvoll machte sich die Gegenüberstellung von Festprogrammen größerer proletarischer Jugendausschüsse neben Liedern, kläglichen Schund„dramen", Programmen von ödesten Karnevalssitzungen usw., die noch jetzt in vielen katholischen Jünglingsvereinen des Kölner Bezirks zur „Erziehung" der Jugend geboten werden. Auch eine Ausstellung empfehlenswerter Jugendspiele, Wanderausrüstung usw. war arrangiert. Als nächster Tagungsort wurde Bonn bestimmt. Zum Vorsitzenden des Bezirksausschusses wurde Genosse Sollmann-Köln wiedergewählt.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftliche Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie. Wie jetzt bekannt wird, hat vor mehreren Monaten in Berlin unter dem Vorsitz des früheren Ministers Freiherr von Berlepsch eine Sitzung von christlichen Gewerkschaftsführern und der Zentralleitung und Angestellten der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stattgefunden, die den Zweck verfolgte, eine Sammlung auch dieser beiden Gewerkschaftsrichtungen gegen die Sozialdemokratie bei der kommenden Reichstagswahl herbeizuführen. An dieser Sitzung haben unter anderen teilgenommen: Giesberts, Schiffers, Weber, Behrens, Goldschmidt, Hartmann und Gleichauf. Man einigte sich zunächst auch dahin, daß die Streitigkeiten zwischen den beiden Gewerkschaftsrichtungen einzustellen seien. Wenn uns diese Sammlung auch nicht überraschend kommt, so ist es doch gut, zeigen zu können, wohin die Reise bezüglich der kommenden Reichstagswahl gehen soll. Die Sozialdemokratie wird sich darauf einrichten, aber auch die freien Gewerkschaften erhalten Fingerzeige für die Zukunft. Geht es gegen die Sozialdemokraten, dann fallen alle Gegensätze auch in den nicht sozialdemokratischen Gewerkschaften! Haß und Neid wegen der Erfolge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung lösen die gegenseitigen Feindschaften zwischen Christen und Hirschen auf und wenn die Gegensätze zwischen ihnen noch so große sind. Wir bedauern die Arbeiter, deren Interessen durch solche Kompromisse in Frage gestellt werden.

Ein nationalliberaler Arbeiter über die Verhältnisse im Kaiser-Wilhelm-Kanal. Die sozialdemokratische Tagespresse und auch die gewerkschaftlichen Fachorgane haben in der letzten Zeit schon oft auf die geradezu unglaublichen Arbeiterverhältnisse, welche beim Erweiterungsbau des Kaiser-

---

vierten Klasse fragen. Die fahren schon allein nach Hause, jedesmal. Und die haben auch schon Taschengeld. Da bin ich gleich zu ihnen gegangen. Verstehst du, Papa, da sind Bürgerliche drunter. Aber sie waren sehr nett und haben mir gesagt, wann der Zug geht und wieviel das Billett kostet. Habe keine Angst, Mama. Ich bin erster Klasse gefahren. Wir haben uns eine Verschwörung gemacht im Garten, um die Schaukel herum. Da hat mir Wilhelm Rödiger alles aufgeschrieben. Und sechszehn Mark, verstehst du, hat das Billett gekostet. Ich habe es mir von Frau Krieger ausborgen wollen und ihr sagen, daß ich Spielschulden zu zahlen habe. Wir spielen aber nicht um Geld. Wilhelm Rödiger aber hat gesagt, verstehst du: heimlich. Da ist er selbst zu allen gegangen die Taschengeld haben, und hat gepumpt, versteht du. Ich habe geglaubt, ich werde die ganze Nacht nicht schlafen können. Aber wie ein Sack hab ichs. Heute früh wie immer um ½7 Uhr aus dem Bett, und ich habe schon in die Schule gehen wollen, da kommt Wilhelm Rödiger und erinnert mich an alles. Ich also mit ihm auf der Trambahn nach Dresden und nach dem böhmischen Bahnhof, und dort hat er sich so gehabt und hat das Billett genommen und sich patzig getan und mir weise Lehren gegeben. Er versteht garnichts. Weil er zwölf Jahre alt ist! Verstehst du, Papa, bis der Zug abgegangen ist, habe ich Angst gehabt, daß Frau Krieger kommt oder unser Klassenlehrer! Aber dann! Heidi! So schnell ist er noch nie gefahren, das haben auch die Leute im Kupee alle gesagt. Ich habe ihnen die Geschichte erzählt. Nur nicht von der Verschwörung, und daß es heimlich ist. Und eine sehr schöne alte Dame, so alt wie Mama, aber schwarz, die hat mir versprochen, in Berlin auf mich acht zu geben. Aber verstehst du, wie wir angekommen sind, und so ein dummer Junge ist auf die schöne Frau los und hat sie abgeknutscht, da hab ich mir gedacht: Wart! und bin ihr fortgelaufen. Wilhelm Rödiger ist ein Esel. Warum hat er nicht an die Droschke gedacht. So viel hätte er auch noch zupumpen können. Aber das hätte ich mir nicht gedacht, daß so ein Berliner Kutscher dich nicht kennt. Bei uns kennen sie dich alle, sogar die aus der ersten Klasse. Aber Papa, du liebst ja."

Das Fest dauerte fort.

Gegen zwei Uhr kam ein dringliches Telegramm aus Dresden. Frau Krieger meldete, Wölfi sei des Morgens wie gewöhnlich zur Schule aufgebrochen. Jetzt erst erfahre man, das Kind sei nicht in die Schule gefahren, sondern nach dem Bahnhof, um zu Papa zu kommen. Frau Krieger habe überall hin depeschiert usw.

Wieder lachte Offendorff und schüttelte den Knaben: „Du liederlicher Strick!" Er beruhigte Frau Krieger durch ein Telegramm, beschämt, daß er daran nicht sofort gedacht hatte. Dann setzte er eine ernste Miene auf und wollte dem Knaben sein Unrecht klar machen. Da habe er zum Beispiel die gute Frau Krieger in so große Angst versetzt. Wölfi aber ließ sich durchaus nicht irre machen. Er zog wie zum Spaß ein etwas betrübtes Gesichtchen und schrie wieder lustig auf, als Papa nicht wirklich böse sein konnte.

Später nahm dann Offendorff mit seinem Söhnchen Wölfi eine Prüfung vor. Er mußte ihm deutsch und auch französisch vorlesen, in beiden Sprachen nach Diktat schreiben, ein bißchen rechnen und zeichnen. Endlich sagte Wölfi:

„Nicht wahr, Papa, du verlangst Religion auch nicht so streng. Kurt meint das auch."

Bis nach dem Mittagessen blieb Wölfi munter. Dann schlief er plötzlich ein, den Arm in Mamas Hand, den Kopf auf Papas schwarzer Sammetdecke. Behutsam wurde er ins Haus getragen, entkleidet und in Mamas Bett gelegt. Dann kehrte Marianne zu ihrem Mann zurück und in ruhigem Glück freuten sich beide des tapferen Jungen. Offendorff sprach zuerst den Wunsch aus, morgen Sonntag sein zu lassen. Rasch wurden Karten an die Stiftstante, Vetter Richard und van Tenius geschrieben, sie sollten zu Tisch kommen.

„Die Tante und Richard haben immer Zeit," sagte Offendorff, „und van Tenius wird sich wohl uns zuliebe auch frei machen können."

Am nächsten Morgen weckte Wölfi das Haus mit seinem Jubel, als er in Mamas Bett erwachte. Und der Jubel sollte nicht aufhören. Nur einmal flog es wie ein Schatten über die frohen Menschen, als Wölfi mit Mama durch die Stube tollte und plötzlich Papa an der Hand packte und ihn aus seinem Rollstuhl hinauszerren wollte.

„Aber, Papa, kannst du denn nicht ein bißchen gehen? Niemals? Ist das aber dumm."

Und noch einmal, kurz vor Tisch, als Franz den Major ins Haus rollte, und Wölfi im hellen Licht plötzlich die furchtbare Narbe sah.

„Du Papa, das sieht doch gar zu schrecklich aus. Verstehst du, ich bin gewiß nicht feige, aber du solltest dir darüber doch einen Bart wachsen lassen, damit man es nicht sieht."

Die Gäste kamen; immer von neuem wieder wurde Wölfi vorgestellt und die Geschichte seines Durchbrennens zum besten gegeben, als ob das alles durchaus erfreulich und ganz in der Ordnung gewesen wäre. Wölfi behandelte seinen Vetter Richard gleich wie einen alten Kameraden.

Mit der Stiftstante stellte er sich alsbald auf einen recht humoristischen Fuß. Sie wäre ganz wie eine alte Prinzessin, verstehst du, Papa, auch so furchtbar komisch. Aber er blickte dennoch nicht ganz ohne Respekt zu ihr auf.

Um van Tenius witterte er herum wie ein junger Pintscher, der einen ganz fremden Hund in die Stube kommen sieht.

„Warum soll ich Onkel zu ihm sagen? Er ist doch kein richtiger Onkel! Warum ist er gekommen? Ich habe ihn aber nicht lieb. Ich will ihn nicht lieb haben!"

Glücklicherweise sprach er sich so offen nur zu Mama aus, die ihn beruhigen konnte.

Bei Tisch führte heute die Stiftstante das große Wort. Sie durfte Familientraditionen berichten, und Wölfi hörte aufmerksam zu, wenn sie von seinen Großeltern erzählte, und von den Eltern des Vetter Richard, und von ihren nächsten Verwandten, die alle Kusins und Kusinen der anderen waren, oder gar Geschwister. Und die alle Offendorff hießen, und die alle als Oberste oder Generäle oder Exzellenzen gestorben waren.

„Sind Sie gar nicht mit uns verwandt?" fragte Wölfi einmal über den Tisch hinüber den Rechtsanwalt. „Warum heißen Sie nicht von Tenius? Warum van? Warum sind Sie ein Rechtsanwalt?"

Offendorff lachte jedesmal harmlos zu solchen Ausbrüchen des Mißtrauens, und die Stiftstante schien sich über die aristokratischen Gesinnungen des kleinen Junkers eigentlich zu freuen. Marianne war zu heiter, um auf diese Kindereien sonderlich zu achten. Und van Tenius war zu zerstreut, um recht hinzuhören. Ihm gefiel der kecke Junge, der auch für ihn etwas von dem Zauber der Mutter ausstrahlte. Er beantwortete die frechen Fragen freundlich und gab auch über seinen Namen ernsthafte Auskunft.

Als Wölfi nach Tisch jedem die Hand gab, bemerkte die Stiftstante zuerst eine Narbe in seinem Händchen. Da sie erschreckt nach der Ursache fragte, wurde Wölfi rot und wollte anfangs nicht mit der Sprache heraus.

„Einer Narbe hat man sich selten zu schämen, sagte Offendorff, „und Wölfi wird nicht lügen. Wie bist du dazu gekommen, mein Junge?"

Zögernd anfangs, dann lebhaft, aber immer ohne jede Spur von Prahlerei, erzählte Wölfi.

Die aus der vierten Klasse hätten ihn und seinen Freund Kurt immer so geneckt. Die aus der vierten würden schon Majore sein, wenn die Siebenjährigen noch Leutnants wären. Wölfi und Kurt würden ihnen immer gehorchen müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Wilhelm-Kanals herrschen, hingewiesen. Man ist immer wieder mit der Äußerung: das sind ja nur sozialdemokratische Hetzbemerkungen! darüber hinweggegangen. Um so beachtlicher ist es, was jetzt ein Arbeiter der „Kölnischen Zeitung“ schreibt. Sie betrachtet seine Mitteilung als so wichtig, daß sie ihm an leitender Stelle drei Spalten lang das Wort gibt. Wir wollen uns, da dasselbe und noch viel mehr, von uns schon oft genug gesagt worden ist, nur ganz kurz auf die einzelnen Beschwerdepunkte dieses, der Regierung doch sicher nicht anrüchigen Arbeiters beziehen. Der Arbeiter — er hat selbst am Erweiterungsbau mitgearbeitet — setzt seinen Einleitungen die Bemerkung voraus, daß zwischen Gesetzgebung und Ausführung des Gesetzes ein „unvermeidlicher“ Abstand bestehe. Der Durchschnitt der Arbeitszeit beträgt 13 Stunden, dazu kommen noch zwei Stunden Pausen, es bleiben so für Wege und Schlaf nur ganze 9 Stunden übrig! Aber auch die sind nach seinen Mitteilungen noch arg gekürzt. Nimmt man eine Arbeitszeit von 5 bis 8 Uhr an, so wird vor 10 Uhr kaum an Nachtruhe zu denken sein, da eine Stunde vor Arbeitsbeginn die Frühkost schon wieder in allen Baracken gereicht wird, so kann der Arbeiter gerade bis 3¾ Uhr schlafen. Dies sind knapp sechs Stunden bei dreizehnstündiger Arbeitszeit! Über die Löhne schweigt sich der nationalliberale Arbeiter aus, er meint aber dafür, daß er nicht glauben könne, daß alle Sonntagsarbeit, die geleistet werden muß, wirklich, wie im Arbeitskontrakt vorgesehen, von der Behörde erlaubt sei. Die Unterkunftsräume auf den Baustellen sind meist ungenügend, und liegen außerdem oft in unerreichbarer Ferne, vorausgesetzt, sie sind überhaupt vorhanden! Die Beleuchtung der Baracken geschieht, trotzdem überall elektrischer Strom vorhanden ist, noch mit altertümlichen Petroleumlampen. „Nur zu häufig ist es vorgekommen, daß trotz allen Bemühens immer wieder dichte Rußflocken auf das Abendbrot der Arbeiter herabrieselten.“ Die Mäuse sind die Tierchen, welche dort am gefährlichsten erscheinen. Das Brot müssen die Arbeiter in die Handtücher einpacken und frei aufhängen, und ihre Papiere stecken sie in Eimer! Die Schränke haben alle keine Rückwand, sondern sind nur so als Rahmen mit Türen an die Wand gestellt. In den Baracken herrscht nicht nur der Barackenverwalter, sondern auch jeder Bauführer. Zur Sonntagsarbeit holt er sich die Arbeiter, wenn sie nicht freiwillig kommen wollen, einfach am Morgen aus den Betten! Wenn der nationalliberale Arbeiter meint, daß es nicht möglich sei, die am Kanal beschäftigten Arbeiter, die eine wahre Völkermischung darstellen, so zu organisieren, daß sie sich tarifliche Abmachungen erkämpfen, mag er Recht haben. Er vergißt dabei nur, daß dies wohl nicht beabsichtigt war, als man da aus allen Himmelsrichtungen fremdländische Arbeiter herholte und ihnen eine dreizehnstündige Arbeitszeit aufpackte. Der heimische Arbeiter hält sich von solchen Verhältnissen, wenn es nur irgendwie geht, fern. Hier zeigt sich wieder einmal, wie berechtigt all die Klagen gewesen sind, welche bis jetzt in der sozialdemokratischen Presse über die Zustände am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals erhoben worden sind. Es bleibt nur abzuwarten, ob die Regierung sich jetzt bemüßigt fühlt, Remedur zu schaffen, nachdem die Klagen sogar schon bis in die nationalliberale Presse gedrungen sind.

Ein Freispruch der Bergarbeiterzeitung. Genosse Wagner, Redakteur der Bergarbeiterzeitung, sollte einige Beamte der Mansfelder Gewerkschaft beleidigt haben, weil er ihnen nachgesagt hat, daß sie sich Holz und andere Gebrauchsgegenstände aus dem Betriebe der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft widerrechtlich angeeignet hätten. Vor dem Schöffengericht in Eisleben, bei dem die Beamten den Genossen Wagner verklagt hatten, wurde aber tatsächlich festgestellt, daß in einigen Fällen Wagenladungen von Holz für die Beamten rechtmäßig aus den Betrieben fortgeschafft worden sind. Wenn der Wahrheitsbeweis damit auch nicht als voll erbracht angesehen wurde, so kam das Gericht doch zur Freisprechung, da dem Genossen Wagner als Vorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes der § 193 für die nicht als voll erwiesenen Behauptungen zur Seite steht.

Tarifbruch um einen Pfennig. Beim Abschluß des Reichstarifs für das Malergewerbe wurde durch Schiedsspruch festgelegt, daß überall dort, wo der Reichstarif gegenüber dem alten Tarife Verschlechterungen bringt, ein Pfennig Lohnerhöhung gewährt und vom 16. Januar 1911 ab nachbezahlt werden soll. Diese Verschlechterung wurde in Bochum festgestellt und der Pfennig auch bezahlt. Die Lohnerhöhung wurde indessen bald wieder aufgehoben, da ein Formfehler bei der Entscheidung des Tarifamtes unterlaufen war. Aber als dann das Gautarifamt ordnungsmäßig wieder entschied, daß der Pfennig zu zahlen sei, dachten die Unternehmer nicht daran, dem Beschluß nachzukommen, weshalb die organisierten Arbeiter bei einem Unternehmer die Arbeit einstellten und die Werkstatt sperrten. Darauf erließen die Unternehmer dieses Rundschreiben:

„Arbeitgeber-Ortsverband
für das Malergewerbe von Bochum
und Umgegend.

Bochum, 2. August 1911.

Werter Kollege!

In der erweiterten Vorstandssitzung des Arbeitgeber-Ortsverbandes von Bochum und Umgegend vom 2. Aug. 1911 wurde uns die Mitteilung, daß die Werkstatt des Kollegen A. Bönninger, hier, von der freien Gehilfen-Organisation gesperrt ist. — Grund hierzu gab der Ausgleichspfennig für das Jahr 1911. — Da diese Sperrung ein offenbarer Tarifbruch ist, ersuchen wir festzustellen, welche Gehilfen Ihrer Werkstatt der obigen Organisation angehören, und müssen diese unbedingt sofort entlassen werden. Nach diesem so außerordentlich frivolen Tarifbruch der freien Gehilfen-Organisation ist nur die Selbsthilfe am Platze und wird unsererseits der Reichstarif bis auf weiteres mit dieser Organisation außer Kraft gesetzt.

Eine Zusammenkunft, an der keiner fehlen darf, ist unbedingt erforderlich, und gestatten wir uns, Sie auf Sonntag vormittag 11 Uhr in das Lokal des Herrn Fr. Velten, hier, höflichst einzuladen.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.“

Dem Rundschreiben ist eine schwarze Liste mit sechs Namen von Gehilfen, aber auch die Mitteilung beigefügt, daß die Unternehmer vom Gautarifamt Essen verurteilt worden sind, den Ausgleichspfennig zu zahlen. — Die Christlichen verrichten auch in diesem Falle wieder Streikbrecherdienste. — Zuzug nach Bochum ist fernzuhalten.

Allgemeiner Streik im Londoner Hafen. Der Kampf der Londoner Dockarbeiter hat sich mit überraschender Schnelligkeit zu einer grandiosen Bewegung ausgewachsen, die nur mit dem großen Dockarbeiterstreik von 1889, in welchem der „neue Trade-Unionismus“ geboren wurde, vergleichbar ist. Aber während jene historische Bewegung nur durch die sentimentale Sympathie der allgemeinen Öffentlichkeit für eine besonders niedergetretene Arbeiterschicht zu einem siegreichen Ende geführt wurde, liegt die Stärke des gegenwärtigen Kampfes in einem ganz anderen Umstand: in der bisher noch nie dagewesenen Einmütigkeit und Solidarität aller beteiligten Arbeiterschichten und ihrer trefflichen gemeinsamen Leitung. Sämtliche Arbeiterkategorien legen einen herrlichen Kampfesmut und eine erhebende Siegeszuversicht an den Tag. Der Hafenverkehr steht völlig still, und die folgenden Arbeiterkategorien stehen im Kampfe: Docker, Kohlenbunkerleute, Leichterschiffer, Stauer und Fuhrleute. Sie haben alle separate Organisationen, aber seit etwa einem halben Jahre sind alle diese Gewerkschaften in dem neu gegründeten Transportarbeiterverband vereinigt. Der Kampf wird von dem Streikkomitee des Verbandes geleitet und alle Organisationen folgen der Parole desselben. Der Kampf der Docker hat bereits mit einem vollen Siege geendet. Der eingesetzte Schiedsrichter, Sir Albert Rollit, hat in allen Punkten für die Forderungen der Arbeiter entschieden. Die wichtigsten Punkte sind: Stundenlohn 8 Pence, für Überstunden 1 Schilling; für Mahlzeiten wird ebenfalls Lohn bezahlt. Dieser Schiedsspruch wurde am Sonntag in einer Riesenversammlung der Hafenarbeiter im Trafalgar Square, wie sie selbst an diesem an historischen Versammlungen so reichen Orte fast ohne Beispiel dasteht, unter den begeistertsten Kundgebungen der Arbeiter, die mit ihren Organisationsbannern und Musikbanden aus den Docks durch die Stadt marschiert waren, verkündet. Allein die Docker legten ungeachtet ihres großen Sieges die Hände nicht in den Schoß. Das Verbandsstreikkomitee gab die Parole aus, daß kein Arbeiter die Arbeit wieder aufnehme, bis nicht alle Kategorien von Hafenarbeitern ihre Forderungen bewilligt erhalten. Die Forderungen der Leichterschiffer und der Kohlenbunkerleute bilden augenblicklich den Gegenstand von Unterhandlungen unter dem Vorsitze eines Beamten des Handelsministeriums. Die Leichterschiffer verlangen den Zehnstundentag, von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, und eine Lohnerhöhung, sowie eine einheitliche Lohnskala. Die Kohlenbunkerleute verlangen: die Anerkennung der Organisation, daß Gruppen von fünf Leuten auf Dampfbarken beschäftigt werden sollen, Neuregelung und Erhöhung des Überstundenlohns, daß alle Arbeiter eingestellt werden, bevor die Bunker einlaufen, und eine Anzahl anderer auf die Arbeitsweise bezüglicher Forderungen. Die Stauer verlangen, daß ihre Arbeitsbedingungen im allgemeinen denen der anderen Arbeiterkategorien gleichgestellt werden. Ihre Forderungen werden demnächst vor dem ständigen Londoner gewerblichen Schiedsgericht verhandelt werden. Die größten Hindernisse bereitet einer baldigen Wiederaufnahme der Arbeit der Kampf der Fuhrleute, an dem mindestens 30 000 Arbeiter beteiligt sind. Die Unternehmer widersetzen sich nicht nur der geforderten Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, sondern weigern sich auch, die Organisation anzuerkennen, obschon sie sich bereit gefunden haben, mit dem Transportarbeiterverband zu verhandeln. Es handelt sich um mindestens 20 000 Fuhrleute. Der Teil von ihnen, der unmittelbar mit Hafenarbeiten beschäftigt ist, hat sich bereits der Bewegung angeschlossen, während der Rest Ende dieser Woche die Arbeit niederlegen wird. Die Folgen des Streiks machen sich schon sehr stark fühlbar. Eine ganze Anzahl eingelaufener Schiffe kann nicht ausgeladen werden und für Abfahrt bestimmte Schiffe warten auf ihre Ladung. Große Massen von Lebensmitteln, namentlich gefrorenes Fleisch, liegen in den Schiffen, und obschon London noch für mehrere Tage mit Fleisch versorgt ist, ist der Marktpreis bereits gestiegen. Große Entrüstung hat unter den Streikenden verursacht, daß Soldaten beordert worden sind, für die Armee bestimmtes Mehl auszuladen. Der Führer der Docker, Genosse Ben Tillett, hat die Behörden sehr eindringlich gewarnt, weitere Streikbrecherdienste von Soldaten vornehmen zu lassen, da es sonst zu ernsten Friedensstörungen kommen könnte. Aus allgemeinen Gesundheitsrücksichten haben die Streikenden beschlossen, die folgenden Arbeiten nicht einzustellen: die Beförderung von Eis für Krankenhäuser, die Wegschaffung von faulenden Abfällen, die Aufrechterhaltung des Londoner Kanalisationssystems und die Versorgung von Wasserbarken mit frischem Wasser. Bisher ist der Kampf gänzlich ohne Ruhestörungen von statten gegangen, weil die Unternehmer an die Verwendung von Streikbrechern gar nicht denken konnten. Es verlautet jedoch, daß manche von ihnen Versuche machen werden, solche von auswärts zu importieren. Wenn diese Drohung ausgeführt wird, dann muß der Kampf sehr bald erbitterte Formen annehmen. Jetzt richten die Unternehmer ihre Bestrebungen jedoch hauptsächlich dahin, die unverladenen Schiffe nach anderen englischen oder ausländischen Häfen zu bringen. Allein die Arbeiter haben für diesen Fall bereits ihre Vorbereitungen getroffen. Die Streikbrecherschiffe werden in allen englischen Häfen boykottiert, und Ben Tillett hat in der Versammlung in Trafalgar Square unter stürmischem Beifall einen Brief des Sekretärs des Internationalen Transportarbeiterverbandes in Berlin verlesen, in dem dieser verspricht, den Boykott auch in Hamburg, Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen und Havre vorzubereiten, überhaupt scheint der Gedanke des internationalen Transportarbeiterstreiks die englischen Hafenarbeiter in außerordentlichem Maße gefangen genommen zu haben. Die reaktionären Blätter sind durch die ganze Bewegung schon jetzt sehr stark alarmiert, ja, es sind auch schon Vorschläge laut geworden, daß man der von einem Transportarbeiterstreik drohenden Gefahr auf gesetzgeberischem Wege begegnen müsse.

Eisenbahnerstreik in Amerika. Ein ausgedehnter Ausstand der Bahnangestellten bedroht nach dem W. T.-B. die Bahnen westlich des Mississippis. Die Forderungen der Bahnangestellten würden eine jährliche Mehrausgabe von 50 000 Dollar zur Folge haben. (Eine Kleinigkeit für die amerikanischen Eisenbahnkönige!) Kleinere Ausstände sind bereits in verschiedenen Städten ausgebrochen. Die Ausbreitung des Ausstandes auf die Ostbahnen gilt als unwahrscheinlich. Der Vizepräsident der Harrimanbahnen bezeichnete die Forderungen als unbillig. (Natürlich!) Es verlautet, die Situation sei so ernst, daß die Neuyorker und Chikagoer Finanzinteressenten die Entwicklung mit der größten Besorgnis verfolgen.

Die Zentrumsparade in Mainz.

Die zweite öffentliche Versammlung des Katholikentages warf ein grelles Schlaglicht auf die ultramontane Sozialpolitik und ihre Motive. Der Zentrumsabgeordnete Trimborn-Köln hielt eine Rück- und Vorschau auf das Gebiet der Sozialpolitik. Er betonte, daß alles Gegenwart-Streben Hand in Hand gehen müsse mit dem Glauben an das Übernatürliche. Er stimmte dann ein begeistertes Lob an auf die deutsche Sozialpolitik, an der die Vertreter des katholischen Volksteils — das Wort Zentrum wird auf Katholikentagen streng vermieden — hervorragenden Anteil haben und ihr oftmals den Stempel aufdrückten. Es sei auch ein Verdienst der katholischen Sozialpolitiker, daß die Arbeiter nicht sämtlich ins sozialdemokratische Lager abgeschwenkt seien. Drei Millionen gewerkschaftlicher Arbeiter seien in den Gewerkschaften organisiert, im Jahre 1909 seien 6578 Tarife für über 137 000 Betriebe und für mehr als 1 100 000 Arbeiter abgeschlossen worden. Erfreulich sei, daß die christlichen Gewerkschaften bei diesen Leistungen entsprechend beteiligt waren. Wie bescheiden allerdings sich die Erfolge der christlichen Gewerkschaften gegenüber denen der freiorganisierten ausnehmen, das verschwieg der Redner. Auf den Einwand des Erstarkens der Sozialdemokratie trotz aller Sozialpolitik erwiderte der Redner: „Welche Angriffsflächen würde die heutige Gesellschaftsordnung an die Sozialreform der Sozialdemokratie geboten haben. Sie wäre erst, die Sozialdemokratie, allmächtig, wenn nicht eine christlich-nationale Arbeiterbewegung ihr entgegengetreten wäre, die ihre Daseinsberechtigung nur in Sozialreform und Sozialpolitik finden könnte.“ Also die christliche Sozialreform und die christliche Gewerkschaftsbewegung haben, wie Trimborn eingesteht, nur den Zweck, der Sozialdemokratie entgegenzuwirken und entspringt also der Furcht vor der Sozialdemokratie.

Wenn aber Trimborn der Sozialreform ein hohes Loblied sang, so verwarf der nachfolgende Redner, Landesrat Dr. Schmittmann-Düsseldorf, der über das Thema: „Charitas und Leben“ sprach, die Sozialpolitik. Er führte u. a. aus: „Hat das Riesenwerk der sozialen Gesetzgebung unser Volk glücklicher gemacht? Sind die Klassengegensätze und der Haß gemildert worden? Nein! Was tut uns not? Was kann helfen, wenn sogar das Riesenwerk der sozialen Gesetzgebung versagt? Antwort darauf gibt uns der große Bischof Ketteler, dessen Gedächtnis wir feiern: Die soziale Frage wird nur gelöst durch die christliche Charitas.“ Also nicht Sozialpolitik, sondern christliche Wohltätigkeit löst die soziale Frage.

Die 3. geschlossene Versammlung am Mittwoch vormittag, in der die Ausschüsse Bericht über die vorliegenden Anträge erstatteten, nahm einen für den Katholikentag ungewöhnlich lebhaften, stürmischen Verlauf. Anlaß dazu gab der von der Kommission vorgeschlagene Mittelstandsantrag; er fordert, „da es zur Erhaltung und Verbreitung des für Kirche und Gesellschaft wohltätig wirkenden selbständigen Mittelstandes unbedingt notwendig ist, daß derselbe stets hinreichend Arbeit und Absatz habe, unter Hinweis auf das Gebot der Nächstenliebe alle Katholiken auf, bei Vergebung von Arbeiten und bei Einkauf zunächst die Handwerker und Kleingewerbetreibenden zu berücksichtigen.“ Ein Pfarrer rügte, daß selbst Geistliche und Nonnen ihren Bedarf im Warenhaus von Tietz decken. Man dürfe Warenhäuser nicht unterstützen. Ein Redner, der sich als Mann aus dem Mittelstande vorstellte, will die Unterstützung des Mittelstandes nicht als einen Akt der Nächstenliebe bezeichnet haben, sondern als eine moralische Pflicht, denn sonst erwecke es den Anschein, als pfeife der Mittelstand auf dem letzten Loch. Der christliche Gewerkschaftsführer Steegerwald-Köln will überhaupt nichts von der Resolution wissen, denn mit demselben Recht könnten sonst die Arbeiter für den nächsten Katholikentag beantragen, es als eine Pflicht der Nächstenliebe zu bezeichnen, daß die Unternehmer die Löhne erhöhen. Arbeiter und Mittelständler waren aus verschiedenen Motiven gegen den Antrag. Nach einer heftigen Debatte wurde die Abstimmung durch Hammelsprung vorgenommen; sie ergab die Annahme des Kommissionsantrages mit 198 gegen 96 Stimmen. Die anwesenden Parlamentarier und christlichen Gewerkschaftler Hitze, Giesberts und Steegerwald stimmten gegen den Antrag. Das war jedenfalls die erste heftige Auseinandersetzung auf einem Katholikentag, die blitzartig die so sorgsam verkleisterten Gegensätze im ultramontanen Lager beleuchtete.

Einstimmige Annahme fanden die Anträge, die die Fortbildungsschulpflicht für Knaben und Mädchen fordern. Unter Zugrundelegung des Religionsunterrichts „als stärkstes und tiefgehendstes Mittel der Erziehung“. Es sei zu bedauern, daß die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts für die Fortbildungsschule in Preußen abgelehnt sei, es sei aber zu hoffen, daß den konfessionellen Jugendvereinen, die nunmehr als die einzigen Faktoren für die religiös-sittliche Erziehung in Betracht kämen, von Staat und Gemeinde ausreichende Förderung zuteil wird. Die Gründung katholischer Jugendvereine und -heime, katholische Fürsorge für Soldaten und Reservisten wird verlangt. Ebenso wird Schutz der jugendlichen Arbeiterinnen, der Beitritt zum St.-Nikolaus-Schiffer-Verein und zu zahllosen anderen Vereinen verlangt. Die Notwendigkeit zum Beitritt zu katholisch-geselligen Vereinen wird von Rechtsanwalt Doktor Schuhmacher aus Bonn a. Rh. besonders damit begründet, daß dadurch auch die Mischehen wirksam bekämpft werden könnten.

Mit Bezug auf die Presse wurde ein Antrag angenommen, der die Katholiken auffordert, gegen die farblose und katholikenfeindliche Presse vorzugehen und sie weder durch Bezug noch durch Inserate zu unterstützen. Der Katholikentag erklärt es für durchaus unstatthaft, der farblosen und katholikenfeindlichen Presse kirchliche Nachrichten zu geben. Es wird empfohlen, überall katholische Pressevereine nach Düsseldorfer Muster zu gründen.

In der öffentlichen Versammlung am Mittwoch nachmittag wird Oberlandesgerichtsrat Marx-Düsseldorf über die Schulfrage referieren.

Oberlandesgerichtsrat Marx-Düsseldorf sprach in der öffentlichen Versammlung am Mittwoch nachmittag über die Schulfrage. Er betonte, daß die Hauptforderung der Katholiken die konfessionelle Schule sei. Die Katholiken verlangen die Durchdringung des gesamten Unterrichts mit christlichem Geiste und müßten deshalb für die Kirche den ihr gebührenden Anteil an der Überwachung des Schulwesens und namentlich der Erteilung des Unterrichts mit aller Entschiedenheit in Anspruch nehmen. Die Entscheidung darüber, in welcher Weise und in welchem Umfange die Kirche dieses Recht zur Geltung zu bringen habe, stehe allein der Kirchenbehörde zu. Ein einseitiges Recht des Staates, seinerseits die Grenzen der Kirchenaufsicht und Mitarbeit zu bestimmen, würden die Katholiken nie anerkennen. Die Katholiken könnten daher unter keinen Umständen auf die konfessionelle Gestaltung der Schule und der Erziehung Verzicht leisten. Christliche Eltern können kein Vertrauen mehr zur Schule haben, wenn der radikale und ungläubige Geist noch weiter bei den Lehrern bestände. In die gesetzlichen Körperschaften und in die kommunalen Vertretungen dürfe niemand hinein, der nicht für die Aufrechterhaltung der konfessionellen Volksschule sei. Die Rede wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Der Prälat Prof. Dr. Gießler aus Chur in der Schweiz sprach über Kirchlichkeit und Wissenschaft. Die Kirche trete für die vollständige Freiheit der Wissenschaft ein. Eines allerdings müsse sich die Kirche verbitten: Eingriffe der Wissenschaft in ihr Glaubensbereich und eines erlaube sich die Kirche zu jeder Zeit: Gewisse Sätze, die als Ergebnis der Wissenschaft gepriesen werden, die aber die kirchliche Offenbarung aufheben oder gefährden würden, zurückzuweisen. Über dieses Vorgehen Roms könnten die Gegner denken, was sie wollten.

Das ist die von der katholischen Kirche geduldete Wissenschaft!

Donnerstag geht der Katholikentag zu Ende.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Zentrumspfarrer wegen Übertretung des Vereinsgesetzes bestraft. Die Bitterfelder Ortsgruppe des Volksvereins für das katholische Deutschland hat als „Geschäftsführer" den Pfarrer Gerwig, der sich trotz wiederholter Aufforderung weigerte, der Polizei das Verzeichnis der Mitglieder des Ortsvereinsvorstandes einzureichen. Gegen das ihm zugestellte Strafmandat von drei Mark beantragte er gerichtliche Entscheidung mit der Begründung, daß die Ortsgruppe nicht einer besonderen selbständigen Leitung, sondern dem Vorstande in München-Gladbach als ein Teil des Gesamtvereins unterstehe. Das Schöffengericht erklärte aber, daß es auf diese juristische Form nicht ankomme, denn tatsächlich sei die Ortsgruppe ein selbständiger Zweigverein. Die Strafe sei also mit Recht festgesetzt. Auch die Hallesche Strafkammer, bei der der Pfarrer und „Geschäftsführer" Berufung eingelegt hatte, ließ die Strafe bestehen, wobei das Gericht erklärte, daß die Ortsgruppe tatsächlich ein besonderer, örtlich abgeschlossener, nach örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen geregelter Teil des Gesamtvereins sei. So bekommt jetzt auch das Zentrum die Freuden des unter seiner Mithilfe geborenen liberalen Reichsvereinsgesetzes zu kosten.

Ein Mordprozeß nach dreißig Jahren. Während der Besetzung Bosniens durch die Truppen Österreich-Ungarns im Jahre 1878 wurde eine mosleminische Grundbesitzerfamilie bei Maglaj von vermummten Soldaten unter der Anführung eines Zugführers (Vizefeldwebels) räuberisch überfallen und der Räuberhäuptling schoß dabei die Mutter der Familie nieder und verletzte noch einen Sohn. Die militärgerichtliche Untersuchung gegen den bei einer Konfrontation als der Mörder bezeichneten Zugführer Sawa Dragowitsch wurde alsbald, nach höchst schleuderhafter Führung, eingestellt, aber die Betreibung der Angelegenheit durch den einen Sohn der Ermordeten, der heute Professor in Sarajewo ist, und die Verfolgung des Verdächtigen wegen Desertion von den späteren Waffenübungen führte doch jetzt, nach 33 Jahren, zu der Verhaftung des ehemaligen Zugführers, der als Waldarbeiter in Bosnien lebte. Auch heute noch erklärten die Söhne den damals nur schlecht vermummten Raubmörder zu erkennen und auf Grund sonstiger Verdachtsgründe verurteilte das Agramer Gericht den Dragowitsch, der heute ein Sechziger ist, zu 15 Jahren schweren Kerker. Er wußte auf alle Beschuldigungen nur immer zu erwidern, daß ihn alle Türken wegen seiner Strenge bei der Okkupation hassen. . . .

Aus Nah und Fern.

Ein mißglückter Polizeistreich. Eine ungewöhnlich große Streife veranstaltete der Polizeipräsident Becherer von Rixdorf in einer der letzten Nächte in der Ortschaft Ziegenhals zwischen Zeuthen und Königs-Wusterhausen. Es bestand die Vermutung, daß in Ziegenhals Juwelen aus den großen Einbrüchen aus der Potsdamerstraße zu finden sein könnten, nicht minder Teilnehmer an diesen Einbrüchen oder Mitwisser. Auf Veranlassung des zuständigen Amtsvorstehers fuhren spät abends Polizeipräsident Becherer und Polizeirat Dr. Welsch mit 80 Rixdorfer und 20 Berliner Kriminalbeamten nach Zeuthen hinaus. Von dort zog die Kolonne durch den Wald bis in die Nähe der kleinen Ortschaft und hielt sich bis früh verborgen. Also über hundert Mann stark war das Kriegsheer! Im Dunkel der Nacht wurde das Dorf von allen Seiten eingekreist. Es war den Beamten befohlen worden, sich nur in der Flüstersprache zu unterhalten, damit die Dorfbewohner nicht vorzeitig etwas von der Expedition merkten. Nachdem das Dorf umzingelt war, wurde der Befehl zum Vormarsch gegeben, der durch leisen Zuruf von Mann zu Mann weitergegeben wurde. Die Kriminalbeamten drangen zu gleicher Zeit, die geladene Browningpistole in der Hand, in das Dorf ein und nahmen sofort in allen Häusern Durchsuchungen vor. Die Dorfbewohner waren vollständig überrascht und konsterniert. Diejenigen Sommergäste, die der Kriminalpolizei noch nicht bekannt waren und sich nicht ausweisen konnten, wurden, soweit sie im Verdacht standen, Beziehungen zu dunklen Persönlichkeiten in der Sommerfrische zu unterhalten, angehalten und nach Berlin mitgenommen, um hier festgestellt zu werden. Gestohlene Brillanten wurden in Ziegenhals nicht gefunden, ebenso wenig die Einbrecher aus der Potsdamerstraße. Die Aktion hat großes Aufsehen erregt. Auf Grund welcher Unterlagen ein ganzer Ort mit Polizeibeamten umstellt und fast jeder Bewohner angehalten wird, ist nicht bekannt; Verdachtsgründe allein sollten nicht ausreichend sein, zu einer solch ungewöhnlichen Maßnahme zu greifen. Die bürgerliche Presse Berlins hatte diesen ungewöhnlichen Polizeistreich dazu benutzt, dreist von einem märkischen Räuberdorf, einer Sommerfrische der Einbrecher, zu fabeln. Jetzt muß sie kleinmütig zugeben, daß der Streich mißglückt ist, indem sämtliche Verhaftete wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Die beschlagnahmten Kostbarkeiten wurden ihnen zurückgegeben. Die Polizei hat sich eben wieder einmal blamiert und sollte es lieber eingestehen, statt die Einwohnerschaft eines ganzen märkischen Dorfes zu beschimpfen.

Rührende Sorge um den Meineids-Fürsten Eulenburg legt die „Deutsche Tageszeitung" an den Tag. Da ist irgendwo in Paris eine Sensationsschrift über Eulenburg erschienen, die seinerzeit schon in Deutschland herausgegeben werden sollte, hier aber beschlagnahmt wurde, und nun aufs neue auf dem Umwege über Paris angeboten wird. In den gröbsten Ausdrücken wendet sich das Agrarierblatt gegen dieses Unterfangen; es weiß zwar, daß verbotene Früchte süß schmecken und die Eulenburgschrift daher auf zahlreiche Leser rechnen könnte, aber: „Deshalb muß die Polizei diesen Neigungen entgegenarbeiten. Wir stellen der zuständigen Polizeibehörde das Rundschreiben (des Verlegers) gern zur Verfügung. Sie wird dann hoffentlich geeignete Mittel und Wege finden, um den Eingang dieses literarischen Schmutzes nach Deutschland zu verhindern." — Eulenburg wird sich hoffentlich erkenntlich gegen seinen Schutzengel Oertel erweisen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern im Hause des Eisenwarenhändlers Dueringer in Haynau (Schlesien). Beim Abfüllen von Gasolin erfolgte durch den Funken einer Zigarette eine gewaltige Explosion; der Sohn des Hauses sowie zwei seiner Freunde, die Untersekundaner Paysen und Goebel, erlitten schwere Brandwunden und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Frau Dueringer trug bei dem Bemühen, die in Flammen stehenden jungen Leute zu retten, gleichfalls Verletzungen davon.

Von einem Ochsen aufgespießt. In Nikolstadt (Kreis Liegnitz) wurde der vierzigjährige Gutsbesitzer Georg Hoppe, Direktor der dortigen Spar- und Darlehnskasse, von einem wütenden Ochsen aufgespießt und so schwer verletzt, daß er an den Folgen der erlittenen Verletzung starb.

Hitzschlag. Im Morsesaal des Telegraphenamts in Nürnberg ist eine Telegraphen-Assistentin mitten bei der Arbeit von einem Hitzschlage getroffen worden und bewußtlos hingefallen.

In diesen Tagen beinahe erfroren. Ein Fleischermeister in Paderborn schickte seinen Gesellen abends ziemlich spät in das städtische Kühlhaus, um Waren von dort zu holen. Die Anwesenheit des Gesellen muß dem Personal unbekannt geblieben sein, denn das Kühlhaus wurde geschlossen, und der ganz leicht gekleidete junge Mensch blieb darin zurück. Erst als er nachts nicht heimkehrte, kam man auf den Gedanken, daß er sich im Kühlhause befinde, und befreite ihn. Er war vor Kälte schon halb erstarrt und wäre erfroren, hätte seine Gefangenschaft noch länger gedauert.

Auch ein „Arbeitswilliger". In der mittelfränkischen Stadt Schwabach ist unter den sonst fest und treu zusammenhaltenden Fleischermeistern ein räudiges Schaf; ohne die Innung zu fragen, setzte er eines schönen Tages den Preis für Rindfleisch auf 75 Pfg. herab. Darob entstand in der Innung eine große Protestbewegung, man erklärte den Mann als einen Abtrünnigen, der von einem Streikbrecher nicht zu unterscheiden sei. Um den „Arbeitswilligen" zur Vernunft zu bringen, beschlossen die Innungsfleischer, ihn zu unterbieten und bis auf weiteres das Fleisch um 70 Pfg. zu geben. Damit griff man aber daneben, denn auch der „Streikbrecher" ging auf diesen Preis hinab und befindet sich wohl dabei. Auch die Konsumenten sind zufrieden und wünschen nur, daß dieser Wettkampf weiter anhalten möge.

Ueber verheerende Brände, die zum Teil auf die alles ausdörrende Hitze zurückzuführen sind, liegen folgende Meldungen vor: In dem Orte Dörrebach brach Feuer aus. Da wegen der Ernte von den Erwachsenen niemand im Orte anwesend war, nahm das Feuer rasch eine große Ausdehnung an, zumal es an Wasser mangelte. Insgesamt sind neun Wohnhäuser mit Scheunen und Stallungen eingeäschert worden. — In den der Universität Leipzig gehörigen Waldungen bei Liebertwolkwitz ist ein gewaltiger Brand infolge Funkenflugs einer Lokomotive entstanden, der infolge der großen Trockenheit rasend schnell um sich greift. Da die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften sich als zu schwach erwiesen, sind Hilfsmannschaften von Leipzig in Automobilen abgegangen. Man befürchtet, daß das ganze Universitätsholz vernichtet wird. — Ein Geisteskranker, der vor kurzer Zeit erst als nicht gemeingefährlich aus der niederbayrischen Provinzial-Irrenanstalt Deggendorf entlassen worden war, hat in Durchfurth einen Brand gelegt, dem 20 Firste, darunter sechs Wohnhäuser, ferner 14 Rinder und hundert Hühner zum Opfer fielen. — In Rheydt ist das Lager der großen Baumwollspinnerei und Weberei Goeters u. Pungs abgebrannt. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Mark.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Drei Opfer eines Raubmordes. Der „Wiener Neuen Freien Presse wird aus Budapest, 7. August, berichtet: Ein entsetzlicher Raubmord wurde vorgestern in Edeleny bei Miskolcz verübt. Der 30jährige Heinrich Zeisler, der vor vier Monaten geheiratet hatte, betrieb am Ende der genannten Gemeinde ein Schankgeschäft. Vorgestern in früher Morgenstunde drangen unbekannte Täter in die Wohnung des Wirtes, erschlugen diesen sowie dessen junge Frau mit einer Axt und brachten der 18jährigen Schwester Zeislers, die bei ihrem Bruder zu Gast war, lebensgefährliche Verletzungen bei. Den Nachbarn fiel es später auf, daß die Schenke früh noch gesperrt war; sie verständigten die Gendarmerie, die das Ehepaar Zeisler bereits tot vorfand. Das Mädchen lag in den letzten Zügen. Die Mörder hatten 1000 Kronen Bargeld und Juwelen geraubt. Die Untersuchung hat bereits zu einer sicheren Spur geführt.

Verhängnisvolle Kesselexplosion auf einem Rheindampfer. Aus Rotterdam wird berichtet: An Bord des Dampfers „Gutenberg" der Rheinischen Dampfschifffahrtsgesellschaft Köln-Düsseldorf, der außer Stückgütern 15 Passagiere an Bord hatte, ereignete sich morgens eine Kesselexplosion, die auf dem Fahrzeug großen Schaden anrichtete. Der Schornstein wurde hoch in die Luft geschleudert, das ganze Oberdeck, der Radkasten, die Küche und die Kajüten zerstört. Der Kessel wurde auf den Kai geworfen, die Außenwand 100 Meter weit weggeschleudert und teilweise schlugen Bruchstücke durch die Bedachung einer nahegelegenen Druckerei. Durch die Detonation wurden sämtliche Fensterscheiben der Umgebung zerstört. Soweit bekannt ist, wurden zwei Personen getötet, 2. Steuermann Adam Pohlmann und der Matrose Heinrich Lehr, verwundet Kapitän Peter Seip und der Matrose Anton Welz. Vermißt werden noch vom Personal die Heizer Huthziek und Keil und der Steward Rudolf. Der Taucher fand im Boot keine weiteren Leichen vor, doch wird befürchtet, daß noch mehrere Personen verunglückt sind. Von den Passagieren weiß man bisher noch wenig. Auch von diesen sind mehrere verletzt, aber ihr Verbleib ist nicht bekannt. Von den Personen, die sich auf dem Achterdeck befanden, als sich die Explosion auf dem Vorderdeck ereignete, wurde keiner getötet. — Weitere Meldungen besagen: Der Dampfer „Gutenberg", auf dem kurz vor der Abfahrt von Rotterdam ein Kessel explodierte, ist Eigentum der Dampfschifffahrtsgesellschaft für den Nieder- und Mittelrhein in Düsseldorf. Die Gesellschaft gibt die Liste der Toten und Verletzten bekannt. Getötet wurden der Steuermann Pollmann-Bingen, der Leichtmatrose Lehr-Bacharach und der Heizer Glosseit-Warrus (Kreis Heydekrug); vermißt wird der Heizer Keil-Heppenheim, verletzt sind der Kapitän Seip, der erste Maschinist Müller, der Monteur Exel, der Kellner Rode, der Restaurateur Nordhorn, der Matrose Welz und von den Passagieren zwei Frauen aus Rotterdam. Über die Ursache der Explosion ist der Gesellschaft nichts bekannt. — Die Leiche des Heizers Gethzeit ist geborgen, die des Heizers Keil befindet sich bisher noch im Schiff. Über die Ursache der Katastrophe ist nichts Gewisses bekannt. Es wird die Vermutung geäußert, daß die Wassermenge in dem explodierten Kessel zu gering gewesen sei, wodurch dieser teilweise glühend wurde, so daß eine unvorsichtige Beifüllung die Explosion herbeigeführt habe. Man weiß nicht, wie viele Passagiere sich an Bord befanden. Eine im Krankenhause liegende Frau erklärte, daß ihre Tochter mit einem vierjährigen Kinde an Bord gewesen sei. Bis jetzt sind zehn Verletzte festgestellt, von denen der zweite Maschinist schwer verletzt ist.

Mord in einer italienischen Kaserne. In der vergangenen Nacht haben in Turin zwei Bersaglieri einen in der Kaserne beschäftigten Kantinengehilfen auf das Anstiften seines eifersüchtigen Kollegen im Schlafe erdrosselt, beraubt und die Leiche über die Kasernenmauer nach dem nahen Exerzierplatz geschleppt. Die beteiligten Bersaglieri sind sämtlich geständig und werden sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben.

Kampf mit Verbrechern. In Lemberg wurden in einem Hause mehrere Einbrecher von dem Hausmeister überrascht. Als die Verbrecher sich verfolgt sahen, gaben sie mehrere Revolverschüsse ab. Hierdurch wurde der Hausmeister getötet und ein Arbeiter, der sich der Verfolgung angeschlossen hatte, tödlich verletzt. Einer der Täter konnte verhaftet werden.

Aus Mitleid getötet. Einen schier unglaublichen Roheitsakt berichten Warschauer Blätter. In einem kleinen Dörfchen des Dubienscker Kreises fand man vor einigen Tagen die Leichen des Bauern Szumejka mit durchschnittener Kehle auf dem Boden seines Hauses liegend. Die öffentliche Meinung suchte die Ursache in einem Selbstmord. Die Behörden schöpften jedoch nach Untersuchung dieses Falles Verdacht und verlangten von der Frau des Selbstmörders Aufklärung. Die „liebenswürdige" Gattin erklärte den Beamten, daß ihr Mann sich tatsächlich mit einem Messer am Halse verwundet hätte. Sie habe ihm aber, um seine Qualen nicht mitansehen zu müssen, „aus Mitleid" die Kehle vollends durchschnitten. Die mitleidige Bäuerin wurde natürlich sofort verhaftet.

Untergang des Dampfers „Emir". Der französische Dampfer „Emir", der gestern früh um 3 Uhr von Gibraltar nach der marokkanischen Küste abging, ist fünf Meilen östlich von Tarifa gesunken. Infolge dichten Nebels war er mit dem englischen Dampfer „Silverton" zusammengestoßen. Der letztere sank. Von den Passagieren sind 15, von der Mannschaft 12 gerettet. — Der östlich Tarifa gesunkene Dampfer „Emir" war am Mittwoch nach Oran, Gibraltar und der Küste von Marokko in See gegangen. Nach den letzten Feststellungen sind 86 Personen ertrunken. Der Kapitän des Dampfers ist verletzt, doch gerettet. Der Dampfer „Silverton", der eine Maschinenwelle beschädigt hat und vorne leck ist, brachte 27 Gerettete nach Marseille.

Genossenschaftsbewegung.

Bäckerstreik und Konsumvereine. Der in Essen erscheinende „Brotfabrikant" enthält in seiner Nr. 29 einen Artikel mit der Überschrift: „Der Dresdner Bäckerstreik ein sozialdemokratisch Geschäft." Der Verfasser dieses Artikels scheint mit der Wahrheit ebenso auf dem Kriegsfuße zu stehen wie mit den Gesetzen der deutschen Grammatik. Er behauptet nämlich, der Bäckerstreik sei in Dresden bloß deshalb ausgebrochen, weil die Absicht bestände, die Bäckereien der Konsumgenossenschaften in Dresden und Umgegend zu fördern. Das ist natürlich eine Unwahrheit. Es schadet aber nichts, wenn hier ausdrücklich festgestellt wird, daß die Dresdner Konsumvereine in keinerlei Hinsicht auf den Ausbruch des Bäckerstreiks hingewirkt haben, damit nicht diese Nachricht nunmehr durch die ganze genossenschaftsfeindliche Presse ihren Weg nimmt.

Allerlei Wissenswertes.

Zum Ursprung des Wortes Sozialismus und Sozialist. In der „Zeitschrift für deutsche Wortforschung" bringt S. Feldmann eine Anzahl interessanter Belege zum Ursprung politischer Begriffe und Schlagworte. Nach Grünberg soll das Wort Sozialist zum ersten Male in England am 24. August 1833 gedruckt worden, das Wort Sozialismus im Februar 1832 von Jonceres geprägt worden sein. Die Worte sind sicher älter. G. Deville hat darauf hingewiesen, daß der schweizerische Pastor Alexander Vinet schon am 23. November 1813 in der Wochenschrift „Le Semeur" diesen Satz geschrieben hat: „On se sépare pour se reunir; l'individualisme doit ramener au socialisme". (Man trennt sich, um sich zu vereinigen; der Individualismus muß zum Sozialismus zurückführen.) Der Ausdruck wird hier als bereits ganz geläufig verwandt. Von „Sozialisten" redet Fourier in seiner Zeitschrift „La Réforme industrielle" schon am 12. April 1833.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 9. August.

Bauern-Butter Pfd. — —1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. — —1,45 Mk., Hasen — Mk., Enten 3,00—4,00 Mk. Hühner 2,00—2,60 Mk., Küken Stück 1—1,50 Mk., Tauben Stück 0,55—0,60 Pf., Gössel Stück —,— Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. —, —1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 7 Stück 60 Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg. Karpfen —,— Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,20—1,40 Mk., Brachsen — Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. — 60 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirschen Pfd. 30—40 Pfg., Kartoffeln neue 10 Pf. 50—70 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 9. Aug.

1. Klasse 333 Drittel zu 139,11 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 24 „ „ 130,44 Mk. „ „
Unverkauft blieben — Tonnen.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 9. Aug

Auftrieb 1715 Schweine. Markt langsam geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 58,— bis 58,50 (46,50 bis 47,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 58,— bis 58,50 (46,50 bis 47,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., —,— bis 60,— (—,— bis 47,— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., —,— bis 60,00 (—,— bis 47,— Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 54,00 bis 58,00 (41,— bis 44,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 50,— bis 50,50 (40,— bis 40,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 47,— bis 47,50 (34,50 bis 37,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.